

Kündigen die Bürger den Gesellschaftsvertrag?

Schröder, Hans-Henning

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schröder, H.-H. (2011). Kündigen die Bürger den Gesellschaftsvertrag? *Russland-Analysen*, 231, 6-9. <https://doi.org/10.31205/RA.231.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DUMAWAHLEN UND PROTESTE

■ WAHLBEOBACHTUNG		
Erklärung der Assoziation GOLOS zu den Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma vom 4. Dezember 2011		2
■ WAHLBEOBACHTUNG		
OSCE Office for Democratic Institutions and Human Right. Internationale Wahlbeobachtung. Russische Föderation, Staatsdumawahlen – 4. Dezember 2011		4
■ ANALYSE		
Kündigen die Bürger den Gesellschaftsvertrag? Hans-Henning Schröder, Berlin		6
■ WAHLBEOBACHTUNG		
»... eine moralische Niederlage der Partei der Macht« Beim Durchblättern der regierungskritischen russischen Presse Falk Bomsdorf, München		9
■ DOKUMENTATION		
Das offizielle Endergebnis der Wahlen zur Staatsduma, 4. Dezember 2011		12
Die Moskauer Anomalie		14
Tschetschenien, Dagestan & Co.		15
■ UMFRAGE		
Gab es Wahlbeeinflussung?		17
Protestbarometer bis November 2011 – kein Anzeichen für eine Massenbewegung		19
Internet, Facebook, Vkontakte		20
■ CHRONIK		
Vom 2. bis zum 15. Dezember 2011		23
■ LESETIPP		
Abstracts aus OSTEUROPA 10/2011		27

Die Redaktion der »Russlandanalysen« geht in die Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 232 – erscheint am 27. Januar 2012. Wir wünschen unseren Lesern frohe Feiertage und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.



Erklärung der Assoziation GOLOS zu den Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma vom 4. Dezember 2011

Moskau, 6. Dezember 2011

Die Assoziation GOLOS hat eine umfangreiche Langzeitbeobachtung der Wahlen zur Staatsduma durchgeführt. In 48 Regionen der Russischen Föderation haben Langzeitbeobachter den Verlauf des Wahlkampfes beobachtet. Zusätzlich waren rund 2.000 Kurzzeitwahlbeobachter als Korrespondenten der Zeitung *Grashdanskij golos* [»Bürgerstimme«] im Einsatz, die die Abstimmung und die Stimmenauszählung in insgesamt über 4.000 Stimmbezirken beobachteten.

Während der Wahlkampfzeit betrieb GOLOS eine »Karte der Verstöße« [<http://www.kartanarusheniy.ru/>], eine Website, auf der die Bürger der Russischen Föderation Gesetzesverstöße melden konnten, die sie während des Wahlkampfes beobachtet hatten. Bei der »Karte der Verstöße« sind über 5.000 Meldungen eingegangen, von denen viele durch Video- oder Fotoaufnahmen untermauert waren.

In der letzten Woche vor dem Wahltag und am Wahltag selbst sah sich GOLOS einer massiven und koordinierten Einschüchterungskampagne ausgesetzt: Es kam zu einer gerichtlichen Verfolgung (GOLOS wurde wegen angeblicher Verstöße gegen die Wahlgesetzgebung zu einer Geldstrafe von 30.000 Rubeln verurteilt), zu einer Hetzkampagne in den Medien, zu Einschüchterungsversuchen gegenüber Mitarbeitern und Korrespondenten, zu DDoS*-Angriffen auf die Websites und zu Hackerangriffen auf E-Mailkonten. In der Folge waren die Website von GOLOS und die »Karte der Verstöße« am Wahltag nicht erreichbar.

Während der Abstimmung und der Stimmenauszählung am Wahltag hat GOLOS mit Hilfe einer speziellen Hotline mehr als 1.500 Berichte über Wahlrechtsverstöße gesammelt. Die Kurzzeitbeobachter der Assoziation GOLOS haben in den Stimmbezirken eine systematische Beobachtung der vorgeschriebenen Verfahren durchgeführt. Experten von GOLOS haben während der gesamten Wahlkampfzeit die eingehenden Informationen gesammelt, systematisiert und analysiert. GOLOS hat eine umfangreiche Datenbank von Verstößen gegen die Wahlgesetzgebung aufgebaut, zu denen es bei den Wahlen gekommen ist. In dieser Erklärung soll auf die wichtigsten dieser Unregelmäßigkeiten hingewiesen werden.

Vorläufige Schlussfolgerungen

Auf Grundlage der gesammelten Informationen stellt die Assoziation GOLOS fest, dass bei der Wahl der Abgeordneten der Staatsduma grundlegende Wahlprinzipien – Wettbewerb von gleichberechtigten Konkurrenten, Neutralität der Behörden, Unabhängigkeit der Wahlkommissionen, eine in Übereinstimmung mit den Gesetzen durchgeführte Abstimmung, eine korrekte Auszählung der Stimmen – verletzt wurden. Diese Verletzungen waren dazu geeignet, den Ausdruck des Wählerwillens zu beeinträchtigen und die korrekte Repräsentation der Wählerinteressen in der höchsten Volksvertretung des Landes zu entstellen. Die Assoziation GOLOS kommt daher zu dem Schluss, dass die Wahl der Abgeordneten der Staatsduma weder frei noch fair verlaufen ist und weder der russischen Wahlgesetzgebung noch internationalen Wahlstandards entsprochen hat.

Allgemeine Beurteilung der Vorwahlphase

Die Phase vor den Wahlen stand im Zeichen der repressiven Parteiengesetzgebung und deren willkürlicher Anwendung. Den Bürgern Russlands wurde das Recht verweigert, sich frei zusammenzuschließen und politische Parteien zu bilden, wodurch der politische Wettbewerb eingeschränkt war. In der Zeit vor den Wahlen sind rund ein Dutzend Versuche von Parteigründungen ohne Erfolg geblieben.

Die Verfahren, mit denen die Wahlkommissionen gebildet wurden, stellten nicht sicher, dass diese Gremien unabhängig sind, im Gegenteil: GOLOS musste feststellen, dass eine Vielzahl erfahrener Kommissionsmitglieder durch inkompetente Bürokraten ersetzt wurden, die in enger Verbindung zu Regierungsstrukturen und Einiges Russland stehen.

Während des Wahlkampfes haben Staatsbeamte aller Ebenen sowie Leiter von Unternehmen oder anderer Institutionen offen Wahlwerbung für Einiges Russland betrieben. Sie nutzten ihre Stellung, um Untergebene oder Angestellte zur Stimmabgabe für Einiges Russland zu nötigen. Darüber hinaus genoss Einiges Russland exklusiven Zugang

* Distributed Denial of Service, Verteilte Dienstblockade, Überlastung des Servers, der die betreffende Website hostet, durch eine koordinierte Flut von Webanfragen.

zur Presse, während die Presse über den Wahlkampf der übrigen Parteien nur oberflächlich berichtete, besonders im letzten Wahlkampfmonat.

Ergebnis der Berichte, die am Wahntag über die Hotline eingingen

Zu den häufigsten und augenfälligsten Verstößen, die beobachtet wurden, zählt, dass Personen, die laut Gesetz zur Beobachtung der Abstimmung und zur Auszählung der Stimmen berechtigt sind (offizielle Beobachter und Wahlkommissionsmitglieder mit beratender Stimme), der Zutritt verweigert wurde oder sie aus dem Wahllokal verwiesen wurden. Bei GOLOS ging eine beträchtliche Zahl von Berichten ein, die Fälle dokumentieren, in denen solche Personen erst nach Beginn der Abstimmung die Wahllokale betreten durften, was der geltenden Wahlgesetzgebung widerspricht. In vielen Fällen wurden die Wahlurnen ohne Anwesenheit von Beobachtern versiegelt.

In einigen Fällen sind Beobachter und andere akkreditierte Personen auf direkte Anweisung übergeordneter Wahlkommissionen aus Wahllokalen verwiesen worden, so zum Beispiel in Iwanowo. Fälle, bei denen ein Zugang zu den Wahllokalen verweigert oder jemand aus dem Wahllokal verwiesen wurde, wurden am häufigsten in Iwanowo, Tomsk, Samar und Astrachan festgestellt.

Es gibt zahlreiche Berichte über Verletzungen der Beobachterrechte, etwa, dass Foto- oder Videoaufnahmen untersagt wurden, dass Beobachter sich an einer bestimmten Stelle ohne unmittelbaren Zugang zum Abstimmungs- oder Auszählgeschehen aufhalten mussten, dass sie sich im Wahllokal nicht frei bewegen konnten, dass sie die Unterlagen der Wahlkommission nicht einsehen konnten und dass Beschwerden gegen Wahlrechtsverstöße nicht angenommen oder nicht bearbeitet wurden.

Zu den häufigsten Verstößen, die GOLOS über die Hotline gemeldet wurden, gehörten *während der Abstimmung*:

- nicht ordnungsgemäß zusammengeheftete Wählerverzeichnisse;
- massenhafte Stimmabgabe mit Hilfe von Wahlscheinen und gruppenweise Stimmabgabe in Kombination mit einem unzulässigen Transport von Wählern;
- mehrfache Stimmabgabe in Kombination mit organisierten Bustransfers;
- Stimmabgabe auf Grund einer zeitweiligen Meldeadresse und ohne Wahlschein;
- rechtswidrige Weigerungen, Personen mit ordnungsgemäßer zeitweiliger Meldeadresse zur Stimmabgabe zuzulassen;
- Unregelmäßigkeiten in den Wählerverzeichnissen: Einträge unzulässiger Informationen, »Tote Seelen«, fehlende Wähler;
- Einwurf zusätzlicher Stimmzettel;
- Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals.

während der Stimmauszählung:

- Nichteinhaltung der Abfolge der einzelnen Auszählungsschritte;
- Nichteinhaltung der Verfahren zur Sortierung und Auszählung der Stimmzettel;
- keine Aushändigung beglaubigter Kopien der Protokolle unmittelbar nach der Unterzeichnung durch die Mitglieder der Wahlkommission.

Beobachtung am Wahntag durch die GOLOS-Korrespondenten

Am Wahntag haben die Korrespondenten der Zeitung *Grashdanskij golos* [»Bürgerstimme«] auf eigens dafür entwickelten Formblättern festgehalten, inwieweit die vorgeschriebenen Prozeduren bei der Abstimmung und der Stimmauszählung eingehalten wurden. Die Ergebnisse wurden zunächst zu regionalen Datenbanken verarbeitet, die ihrerseits in einer landesweiten Datenbank zusammengefasst wurden.

Auf Grund einer Analyse der Formblätter, die am Wahntag von den Kurzzeitbeobachtern ausgefüllt wurden, lässt sich sagen, dass zu den häufigsten Unregelmäßigkeiten die folgenden zählen:

- Die Ergebnisse der Auszählung der ausgegebenen Stimmzettel wurden nicht bekannt gegeben (48 %),
- Angaben zu Vermögen und Einkommen der Kandidaten waren in den Wahllokalen nicht verfügbar (47 %),
- die Abschlussitzung der Kommission des Stimmbezirks fand überhaupt nicht statt (41 %),
- Angaben zur Anzahl der entwerteten nicht ausgegebenen Stimmzettel und der Anzahl der durch die Wahlkommission ausgegebenen Stimmzettel wurden nicht rechtzeitig in das erweiterte Abschlussprotokoll eingetragen (36 %).

Zudem wurden folgende Auffälligkeiten beobachtet:

- Wiederholung der Stimmauszählung (50 %),
- Die Kontrollrechnung für das Protokoll war nicht auf Anhieb stimmig (41 %).

Beurteilung des vorläufigen Wahlergebnisses

Die Wahlergebnisse unterscheiden sich in den einzelnen Regionen erheblich. In 32 Regionen erhielt Einiges Russland weniger als 40 % der Stimmen (das schlechteste Abschneiden gab es mit 29 % im Gebiet Jaroslawl). In weiteren 32 Regionen erreichte die Partei zwischen 40 und 60 %, in sieben Regionen liegen die Werte zwischen 60 und 70, in fünf Regionen zwischen 70 und 80, in drei Regionen zwischen 80 und 90 %, und in vier Regionen liegen sie jenseits der 90 %. Rekordhalter ist Tschetschenien mit 99,5 % für Einiges Russland. Ein höherer Stimmenanteil für Einiges Russland geht mit einer stärkeren Wahlbeteiligung einher. So erreichte die offizielle Wahlbeteiligung in Tschetschenien 99,5 %.

GOLOS weist darüber hinaus auf die beträchtlichen Unterschiede hin, die es beim Ergebnis für Einiges Russland in den verschiedenen Moskauer Territorialwahlkreisen gibt – die offiziellen Werte liegen zwischen 22 und 67 %. Da die Moskauer Wahlbevölkerung recht homogen ist, könnten diese Unterschiede Wahlfälschungen belegen. Auch eine statistische Analyse der offiziellen Wahlergebnisse deutet auf massive Wahlfälschungen hin.

Übersetzung: Hartmut Schröder

WAHLBEOBACHTUNG

OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights. Internationale Wahlbeobachtung. Russische Föderation, Staatsdumawahlen – 4. Dezember 2011

Stellungnahme über vorläufige Erkenntnisse und Ergebnisse

Moskau, 5. Dezember 2011, <http://www.osce.org/odihr/85757>.

Vorläufige Ergebnisse

Die Staatsdumawahlen vom 4. Dezember waren für ein großes Territorium technisch gut vorbereitet, die Wahlen waren jedoch geprägt von einer Kongruenz zwischen Staat und regierender Partei. Trotz des Fehlens gleicher Wettbewerbsbedingungen während des Wahlprozesses, nahmen die Wähler ihr Wahlrecht wahr. Obwohl sieben Parteien zur Wahl zugelassen waren, schränkt die Ablehnung der Registrierung bestimmter politischer Parteien im Vorfeld den politischen Wettbewerb ein. Dieser war zudem zum Vorteil der regierenden Partei verzerrt, wie an der fehlenden Unabhängigkeit der Wahlbehörde, der Voreingenommenheit der meisten Medien sowie der unangemessenen Einmischung staatlicher Behörden auf allen Ebenen sichtbar wird. All dies stellte nicht die notwendigen Voraussetzungen für einen fairen Wahlkampf dar. Die rechtlichen Rahmenbedingungen wurden jedoch in gewisser Hinsicht verbessert und Fernsehdebatten stellten ausgeglichen eine Plattform für alle Kandidaten zur Verfügung.

Der rechtliche Rahmen deckt alle Fragen ab und schafft eine angemessene Basis für die Durchführung von Wahlen. Er ist jedoch zu komplex und offen für Interpretationen, was zu unterschiedlichen Auslegungen durch verschiedene Akteure, häufig zum Wohle einer Partei, geführt hat. Regeln des Versammlungsrechts wurden in manchen Fällen restriktiv angewandt und dadurch die Rechte von Kandidaten unterminiert. Seit den letzten Wahlen wurden zahlreiche Ergänzungen des Rechtsrahmens eingeführt. Einige dieser Änderungen verbesserten bestimmte Elemente des Wahlprozesses, obwohl die jüngste Reduzierung der Sperrklausel bei den Parlamentswahlen auf 5% noch nicht für diese Wahl gilt. Die Zentrale Wahlkommission (ZIK) verabschiedete detaillierte Anweisungen, um die Wahlvorbereitungen zu erleichtern. Sie hielt regelmäßig Sitzungen ab und verabschiedete die meisten Entscheidungen einstimmig und ohne Debatte. Die Art und Weise, wie das ZIK Beschwerden behandelte, unterminierte die Rechte der Kandidaten auf eine effektive und zeitnahe Schadensbehebung. Repräsentanten der meisten politischen Parteien äußerten ihr großes Misstrauen bezüglich der Unbefangenheit der Wahlkommissionen auf allen Ebenen und stellten deren Unabhängigkeit von staatlichen Verwaltungsbehörden in Frage.

Die Ablehnung der Registrierung einiger politischer Parteien durch das Justizministerium schränkte die Wahlmöglichkeiten der Wähler ein. In einem Fall urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte vor kurzem, dass die Auflösung einer Partei durch den Staat unverhältnismäßig war und eine rechtswidrige Einmischung in die parteiinterne Arbeitsweise darstelle.

Dem Wahlkampf fehlte es an Lebendigkeit. Beobachter der OSZE/ODIHR (Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte) vermerkten eine Ungleichbehandlung der Kandidaten durch Wahlbehörde, lokale Behörden und Dienstleistern zu Gunsten der regierenden Partei.

Politische Parteien sammelten in einigen Regionen formale Beschwerden wegen Beschlagnehmung von Wahlkampfmaterialien, dem ungleichen Zugang zu Plakatflächen und unverhältnismäßige Einschränkungen des Versammlungsrechts. Auf diese Weise verschoben sich die Wettbewerbsbedingungen zum Vorteil von »Einiges Russland«.

Während des Wahlkampfes wurde die Abgrenzung zwischen dem Staat und der regierenden Partei häufig verwischt, in dem aus einem Amt oder einer amtlichen Stellung, entgegen Paragraph 5.4 des Kopenhagener Dokuments der OSZE von 1990, Vorteil gezogen wurde. Wahlwerbung von »Einiges Russland« sowie Informationsmaterialien für Wähler in Moskau ähnelten sich deutlich. Wahlbeobachter erhielten eine Vielzahl glaubwürdiger Vorwürfe über Versuche regionaler staatlicher Strukturen, die Wahlentscheidung von Wählern zu beeinflussen und sie zur Wahl der Regierungspartei zu bewegen.

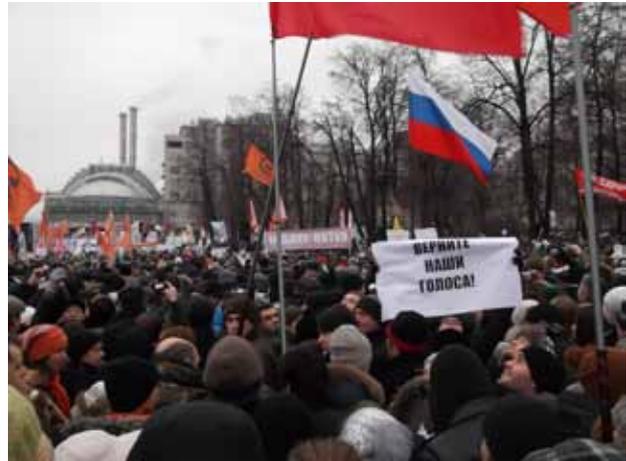
Die meisten Fernsehsender berichteten nur in geringem Ausmaß über den Wahlkampf. Staatliche Medien waren vom 5. November bis zum 2. Dezember per Gesetz dazu verpflichtet, gleiche Chancen für alle Kandidaten zu gewähren. In Übereinstimmung mit diesen Auflagen konnten alle, an den Wahlen zugelassene Parteien, an nationalen Fernsehdebatten teilnehmen, die eine gleichberechtigte Plattform zur Wählerwerbung darstellten. Die Mehrheit der beobachteten Fernsehberichte wurde durch Beiträge dominiert, die die Aktivitäten von Staatsbeamten beleuchteten. Die Berichterstattung aller ausgewerteten Fernsehanstalten, mit Ausnahme einer einzigen, bevorzugte die Regierungspartei. Die Wahlbeobachtung durch internationale Beobachter und Beobachter politischer Parteien ist dem Wahlgesetz zufolge vorgesehen. Besorgniserregend ist jedoch, dass die Gesetzgebung und die Art und Weise ihrer Anwendung, die Zahl der internationalen Beobachter sowie deren Aktivitäten in vieler Hinsicht eingeschränkt hat. Eine undefinierte Beschwerde der Zentralen Wahlkommission über die Vorwahlmission der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) gefährdete die Teilnahme der PACE bei der Wahlbeobachtung. Zudem ist die Wahlbeobachtung von Parlamentswahlen durch inländische zivilgesellschaftliche Gruppen dem Gesetz zufolge nicht zulässig.

Dennoch überwachten verschiedene Gruppen aktiv die Wahlvorbereitungen sowie den Wahlkampf. Druck und Einschüchterung gegenüber einer zentralen inländischen Wahlbeobachtergruppe zielte kurz vor dem Wahltag darauf ab, dessen Arbeit zu behindern und zu diskreditieren. Bemerkenswert war, dass sehr viele Internetseiten während des Wahltages nicht erreichbar waren.

Das Wahlpersonal wurde im Verlauf der Abstimmung als engagiert und erfahren wahrgenommen, die regulären Verfahren insgesamt befolgt. Die Qualität der Arbeit war jedoch während der Auszählung beträchtlich schlechter, die durch häufige Verfahrensverstöße und Fälle von offensichtlichen Manipulationen, darunter mehrere ernsthafte Hinweise über den Einwurf zusätzlicher Stimmzettel, charakterisiert wurde.

Die Ergebnisprotokolle wurden in mehr als einem Drittel der beobachteten Wahllokale nicht öffentlich gemacht. Während des Wahltages meldeten die Wahlbeobachter zudem eine Vielzahl von Vorfällen der Behinderung ihrer Aktivitäten, ins Besondere während der Auszählung und Auswertung der Wahlergebnisse.

Übersetzung: Christoph Laug



*»Gebt unsere Stimmen zurück!« – Demonstration auf dem Bolotnaja-Platz.
Foto: Christoph Laug*

Kündigen die Bürger den Gesellschaftsvertrag?

Hans-Henning Schröder, Berlin

Zusammenfassung

Am 10. Dezember 2011 kam es in Moskau zu einer Massenkundgebung, an der an die 40.000 Menschen teilnahmen. Die Demonstration richtete sich gegen die Fälschung der Dumawahlen, die am 4. Dezember stattgefunden hatten. Der Massenprotest brach mit der »resignativen Akzeptanz« und dem Rückzug ins Private dar, der die Haltung der Bevölkerung in den letzten Jahren gekennzeichnet hatte. Damit entsteht für die politische Führung eine neue Lage. Sie muss in aller Eile ein neues politische Arrangement organisieren, um eine Putin-Mehrheit für die Präsidentenwahlen am 4. März zustandezubringen. Erste Überlegungen deuten darauf hin, dass man einerseits die Neugründung einer liberalen Partei ins Auge fasst, aber parallel dazu ein rechtes Wählerspektrum ansprechen will.

Bolotnaja Ploschtschad

Am 10. Dezember 2011, sechs Tage nach den Dumawahlen versammelten sich mehrere 10.000 Bürger auf dem Bolotnaja-Ploschtschad, einem Platz nahe dem Zentrum Moskaus. Zu der Kundgebung war im Internet aufgerufen worden, die städtischen Behörden hatten sie erlaubt. Die Polizei gab die Zahl der Teilnehmer mit 25.000 an, die Organisatoren kamen auf 100–120.000. Eine konservative Schätzung von 40.000 Teilnehmern dürfte am ehesten der Wirklichkeit entsprechen. Diese Versammlung übertraf an Zahl jede Kundgebung gegen die politische Führung, die in Moskau seit 1993 stattgefunden hatte. Damals, im Oktober 1993 war eine Masse von Unterstützern des Obersten Sowjets den Gartenring hinaufgezogen, hatte gewaltsam die Polizeiketten gesprengt, die auf Anweisung Jelzins das Gebäude des damaligen Parlaments einschlossen, und das Parlament befreit. Die folgenden Unruhen veranlassten die Streitkräfte zum Eingreifen. Die »Erschießung des russischen Parlaments« im Oktober 1993 beendete das Patt zwischen dem Präsidenten und dem Obersten Sowjet und führte zu der Verfassung von 1993, mit einem übermächtigen Präsidenten und einem schwachen Parlament, die bis heute gilt.

Die Kundgebung am 10. Dezember 2011 war friedlich. Sowohl Demonstranten wie Staatsmacht scheuten den Einsatz von Gewalt. Doch sie war unzweifelhaft gegen das System Putin gerichtet – die Herrschaft eines Elitenkartells aus hohen Beamten, regionalen Machthabern und Hochfinanz, das durch die Person Putin personifiziert wird und die Partei »Einiges Russland« als politische Infrastruktur nutzt. Parolen wie »Russland ohne Putin« und »Gebt die ehrlichen Wahlen zurück« wurden von einer Menschenmenge skandiert, die sich aus Vertretern aller Gruppierungen von ganz links bis ganz rechts zusammensetzte, und die einen Ausschnitt aus der heterogenen urbanen Mittelschicht darstellte, die sich in den letzten Jahren formiert hat.

Fälscher an der Arbeit

Der Zorn der Menge richtete sich gegen die Dumawahlen, die die dominante Partei »Einiges Russland« zwar geschwächt, ihr aber doch knapp die absolute Mehrheit in der Duma verschafft hatten [vgl. S. 12 u. 13]. 2011 hat die Administration das »Menü der Manipulation« (Schedler) voll ausgeschöpft. Sie hatte bereits im Vorfeld mögliche Wahlalternativen eingeschränkt, indem sie oppositionelle Gruppen nicht als Partei registrierte, sie hatte die freie Meinungsbildung beschnitten, indem sie Putin und Medwedew samt »Einiges Russland« in den elektronischen Medien nahezu eine Monopolstellung einräumte, sie hatte Druck auf Wähler ausgeübt und schließlich vielerorts ganz schamlos Abstimmungsergebnisse gefälscht. Vieles davon war in Russland an sich nicht ungewöhnlich. Beginnend mit der Wahl Jelzins zum Präsidenten im Jahre 1996 setzte die Führung ein breites Instrumentarium ein, um die Wähler zu manipulieren. In den Republiken des Nordkaukasus und an der Mittelwolga waren Wahlbeteiligungen von 90 % und mehr mit den entsprechenden Stimmanteilen für die hegemoniale Partei nicht ungewöhnlich [vgl. S. 15 u. 16; vgl. [Russlandanalyse 152/2007](#)].

Ein Novum waren allerdings die Manipulationen in Moskau selbst. Das amtliche Endergebnis zeigt eine Reihe von Anomalien – u. a. eine erstaunlich hohe Wahlbeteiligung in einigen Moskauer Territorialwahlkreisen und starke Unterschiede zwischen den Wahlkreisen [vgl. S. 14]. Vergleicht man das Ergebnis der Dumawahlen von 2011 mit dem von 2007, so erkennt man eine ganze Reihe von Ungereimtheiten. Die plausibelste Erklärung dafür ist die Annahme, dass in einem Teil der Wahlbezirke direkt gefälscht worden ist. Diese Hypothese wird durch zahlreiche Zeugen bestätigt, die von Manipulationen mit Wahlscheinen berichten, von Mehrfachabstimmungen per »Karussell«, wofür Studenten von Wahllokal zu Wahllokal gefahren wurden, von »wbros« (ballot stuffing), bei dem die Wahlkommission nach Abschluss des Wahlgangs die Stimmzettel von Nicht-

wählern selbst ausfüllte und in die Urne warf. Zugleich wurden die Webseiten kritischer Medien durch Ddos-Attacken (Distributed Denial of Service – Überlastung eines Servers durch eine Flut von Anfragen) lahmgelegt und die NGO GOLOS, die versuchte eine unabhängige Wahlbeobachtung zu organisieren, wurde durch die Staatsanwaltschaft unter Druck gesetzt.

Es war dieses zynische Vorgehen der Obrigkeit in Moskau und anderen Städten, das das Fass zum Überlaufen brachte. Hatte die Bevölkerung die Manipulationen an der Peripherie des Landes in den vergangenen Jahren kritiklos hingenommen, so reagierte sie auf die Fälschungsaktionen in den urbanen Zentren mit überraschender Verve. Seit 18 Jahren war die Grundhaltung der Gesellschaft eine »resignative Akzeptanz« gewesen, nun kam es zu einem Politisierungsschub. Die latente Unzufriedenheit, die sich seit Beginn des Jahres 2011 in den Meinungsumfragen und dem Sinken der Ratings von Putin und Medwedew niedergeschlagen hatte, brach in einer Massenaktion hervor. Die Bevölkerung kündigte jenes Einvernehmen mit der Führung auf, das man ironisch als Putins Gesellschaftsvertrag bezeichnet: die Eliten lassen etwas von den Energieeinnahmen in die Bevölkerung hinuntersickern, dafür mischt sich diese nicht in Politik ein.

Die Reaktion der »Macht«

Mit der Kündigung des Gesellschaftsvertrags ergibt sich für »die Macht« – die Obrigkeit und das sie stützende Elitenkartell – eine neue Lage. Das politische Arrangement, auf dem das System seit 1999 basiert, trägt nicht mehr. Nun muss in aller Eile ein neues gezimmert werden, zudem eines, das es Putin ermöglicht, bei den Präsidentschaftswahlen am 4. März 2012 wiedergewählt zu werden.

In den ersten Tagen hatte es den Vertretern »der Macht« allerdings die Sprache verschlagen. Weder von Präsident Dmitrij Medwedew noch von Ministerpräsident Wladimir Putin war in den ersten Tagen nach dem 10. Dezember etwas Überzeugendes in Bezug auf die neue Situation zu hören. Die Regierungszeitung »Ros-sijskaja gaseta« berichtete zwar über die Massendemonstration, enthielt sich aber der politischen Analyse.

In der Woche nach dem Wahlsonntag hatten Präsident und Ministerpräsident noch nach dem alten Drehbuch das Wahlergebnis gepriesen und die Wahl für fair und frei erklärt. Die Kritik der Beobachtermission der OSZE hatte Medwedew etwas herablassend zurückgewiesen. Gegen die ersten Demonstrationen war die Polizei gewaltsam vorgegangen und hatte viele Teilnehmer festgenommen, die dann mit Arrest bestraft wurden – wie etwa der bekannte Blogger Alexej Nawalnyj. Bei einem Treffen mit Regionalvertretern der Partei, ging Ministerpräsident Putin immerhin auf die von Nawalnyj



»Wir glauben Tschurow nicht! [Leiter der Zentralen Wahlkommission] Wir glauben Gauss!« – Foto: Christoph Laug

geprägte Formel, »Einiges Russland« sei die Partei der Gauner und Diebe, ein. Er erklärte am 6. Dezember: »Man sagt, dass die Partei der Macht eine Partei sei, die mit Diebstahl und Korruption verbunden ist. [...] Das ist ein Klischee, das sich nicht auf eine konkrete politische Kraft bezieht, das ist das Klischee, das der Macht anhaftet, aber es ist wichtig, inwieweit die heutige Macht gegen diese negativen Erscheinungen ankämpft.« Und er fügte immerhin hinzu: »Ich glaube, dass jede Partei, jede politische Kraft der Erneuerung bedarf, der ständigen Erneuerung und dass ein Instrument, ein Ort wie die Allrussische Nationale Front dabei hilft, dieses Problem zu lösen.« Angesichts der Verachtung, die »Einiges Russland« weithin entgegengebracht wurde, und der Empörung über die kaum verdeckte Wahlfälschung, war dies eine wenig befriedigende Aussage. Offenbar hatte der Ministerpräsident zwei Tage nach den Wahlen den Ernst der Situation noch nicht erkannt.

Wladislaw Surkow, seines Zeichens Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentschaftsadministration und *master mind* hinter Parteien, Duma und Dumawahlen, hatte offenbar eine klarere Vorstellung davon, was sich gerade ereignete. In einem seiner seltenen Interviews erklärte er am 5. Dezember einerseits: »...die staatlichen Institutionen sind fest und stabil. Versuche, die Situation zum Wanken zu bringen und sie negativ und mit provokati-

vem Ziel zu interpretieren, sind zum Fehlschlag verurteilt. Alles ist unter Kontrolle.« Andererseits machte er deutlich, dass eine Restrukturierung des politischen Systems notwendig sei. Es gelte, eine liberale Massenpartei zu schaffen, und man müsse das politische System öffnen – geschlossene Systeme würden eher zu Instabilität neigen als offene – das sei der »zweite Hauptsatz der Thermodynamik«.

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass sich zwei namhafte Personen zu Wort meldeten, die dem liberalen Lager zugerechnet werden: der Tycoon Michail Prochorow und der Exfinanzminister Alexej Kudrin. Prochorow war im Frühsommer mit dem Versuch gescheitert, die Partei »Rechte Sache« neu aufzustellen. Dieses – offenbar aus der Umgebung des Präsidenten angeregte – Projekt wurde auch durch einen Eingriff »der Macht« zum Scheitern gebracht. In seinem Blog erklärte Prochorow am Tag nach den Wahlen: »Es ist offensichtlich, dass die Legitimität der Macht insgesamt abgenommen hat. Und wenn sich nichts ändert, bricht die ganze Konstruktion zusammen.« Nach den Massenkundgebungen am 10. Dezember kündigte er seine Kandidatur für das Präsidentenamt an. Alexej Kudrin äußerte sich in einem langen Interview mit der Tageszeitung »Wedomosti«. Er kritisierte die Manipulatio-

nen bei den Wahlen und forderte Konsequenzen für die Verantwortlichen. Er machte auch deutlich, dass er sich die Mitarbeit in einer liberalen Partei vorstellen könne. Damit waren zwei wirtschaftsliberal orientierte Führungsfiguren hervorgetreten, die über genug politische und materielle Ressourcen verfügen, um die von Surkow angedachte liberale Partei kurzfristig aufzubauen.

Während sich im demokratienahen Spektrum eine Alternative abzeichnet, ernannte Ministerpräsident Putin den 75-jährigen Stanislaw Goworuchin zum Leiter seines Wahlkampfstabs. Der bekannte, erzkonservative Filmregisseur genießt in weiten Teilen der Bevölkerung hohes Ansehen, da er als nicht korrumpierbar gilt. Offenbar geht es Putins Umgebung darum, eine Person herauszustellen, die das rechte Wählerspektrum anspricht, aber nicht mit Korruption und Gaunereien in Verbindung gebracht werden kann. Das lässt darauf schließen, dass der Präsidentschaftswahlkampf auf nationalpatriotische Parolen setzen und die Bevölkerungsteile rechts der Mitte ansprechen will. Ein »liberaler« Kandidat wie Prochorow könnte dann die eher bürgerlich-urbanen Protestwähler binden. Damit wären Ansätze für ein neues Politarrangement geschaffen, das nach den Präsidentenwahlen am 4. März 2012 weiter ausgebaut werden könnte.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder lehrt am Osteuropa-Institut der Freien Universität in Berlin »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«.

Kurzbiografien von Goworuchin, Prochorow und Kudrin

Stanislaw Goworuchin (*29.03.1936) arbeitete nach dem Studium der Geologie und der Filmregie zunächst als Journalist und Fernsehregisseur in Kasan. 1967 wechselte er nach Odessa. Er führte Regie bei mehreren bekannten sowjetischen Filmen. Nach 1991 unterstützte er die Opposition gegen Jelzin und bezeichnete dessen System als mafiös und faschistisch. 1993 wurde er als Abgeordneter der Demokratischen Partei Russlands in die Duma gewählt. Der Duma gehört er mit kurzer Unterbrechung (2003–2005) bis heute an. Er leitete u. a. den Kulturausschuss. 2000 kandidierte er für das Präsidentenamt. Er unterstützte zeitweise die KPRF, verließ aber 2005 die Opposition und trat der Partei Einiges Russland bei. Am 8. Dezember ernannte Putin ihn zum Leiter seines Wahlkampfstabes.

Michail Prochorow (*03.05.1965) arbeitete nach dem Studium der internationalen Wirtschaftsbeziehungen für die Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit. 1993 wurde er Vorstandsvorsitzender der *Onexim-Bank*. Bis zum Konflikt mit seinem Geschäftspartner Wladimir Potanin war er Miteigentümer der Holding *Interros* (1998–2008), die den Mineralölkonzern *Sidanko* und den Buntmetallkonzern *Norilsk Nickel* besaß. Von 2001 bis 2007 war er Generaldirektor von *Norilsk Nickel*. 2007 gründete er den Investitionsfond *Onexim-Group*. Einer breiteren russischen Öffentlichkeit wurde er Anfang 2007 bekannt, als er auf einer Party, die er im französischen Skiort Courchevel veranstaltete, von der französischen Gendarmerie festgenommen wurde. Seit 2010 ist er Generaldirektor des Edelmetallkonzerns *Polyus-Gold*. Im Juni übernahm er – möglicherweise auf Anregung aus der Präsidentschaftsadministration – den Parteivorsitz der Partei *Prawoe Delo*, wurde jedoch durch eine Intrige aus der Umgebung der politischen Führung gestürzt. Im Dezember gab er bekannt, gegen Putin bei der Präsidentschaftswahl 2012 anzutreten. Er gilt als einer der reichsten Unternehmer Russlands.

Alexej Kudrin (*12.10.1960) studierte Wirtschaftswissenschaften in Leningrad, arbeitete an der Akademie der Wissenschaften und promovierte am dortigen Institut für Ökonomie. Nach mehreren Posten in der St. Petersburger Verwaltung wurde er 1996 zum Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration und 1997 zum Ersten Stellvertretenden Finanzminister ernannt. 1999 wurde Kudrin Erster Stellvertretender Vorsitzender des Strommonopolisten *EES Rossii*. Im gleichen Jahr wurde er Erster Stellvertretender Finanzminister, bevor er 2000 zum Finanzminister und Stellvertretenden Ministerpräsidenten (bis 2004 sowie ab 2007) ernannt wurde. Er gilt als Architekt der Stabilitätspolitik, die dafür sorgte, dass Russland die Finanzkrise 2008 vergleichsweise unbeschadet überstand. Im September 2011 entließ ihn Präsident Medwedew aus seinen Ämtern. Gegenwärtig erwägt er, eine neue rechts-liberale Partei zu gründen.

Zusammengestellt von Steffen Halling

WAHLBEOBACHTUNG

»... eine moralische Niederlage der Partei der Macht«

Beim Durchblättern der regierungskritischen russischen Presse

Falk Bomsdorf, München

Zusammenfassung

Die »Nowaja gaseta« und die »Nowoe wremja/The New Times« tragen in Verbindung mit dem Internet, in dem ihre Artikel ständig präsent sind, zu dem Ausmaß von Offenheit und Öffentlichkeit (*glasnost*) bei, ohne das der gegenwärtige demokratische Aufbruch in Russland nicht möglich wäre. Im Folgenden werden in der notwendigen Kürze Artikel aus der ersten Nachwahlausgabe von »Nowaja gaseta« und »The New Times« vorgestellt, in denen Ergebnisse und Durchführung der Wahlen vom 4. Dezember kritisch beleuchtet werden. Die Beiträge wurden, wohlgermerkt, sämtlich vor den Protesten in Moskau am 6.12. und natürlich vor der großen Demonstration am 10.12. geschrieben.

Fälschung und Verstöße

Die Berichte über Verstöße gegen die Wahlgesetze, über offene Fälschungen und sonstige Unregelmäßigkeiten ziehen sich durch beide Publikationen; dabei stößt der Leser immer wieder auf dieselben Methoden, mit denen nach den Schilderungen der Autoren vorgegangen wurde.* In nahezu allen Artikeln wird der Stimmenanteil von Einiges Russland (ER) als zu hoch bezeichnet. Besonders weit geht »The New Times« im Eingangsbeitrag der Redaktion: ER habe fast 15 Millionen ihrer bisherigen Wähler verloren und insgesamt nicht mehr als 40 % der Stimmen erhalten. Und dies auch nur, weil ER in »odiosen Regionen« – angeführt werden Tschukotka, Tywa, Tschetschenien – nahezu 100 % Stimmenanteil erreicht habe.

Das Vorgehen »der Macht« gegen GOLOS und andere (Zeitungen, soziale Netzwerke, NGOs), vor allem also die Abschaltung der entsprechenden Web-

seiten, wird in »The New Times« (*E. Mostowschtschikow/I. Barabanow, »GOLOS im Visier«*) mit dem (von *Alexander Kynew* stammenden) Satz gekennzeichnet: »Der Angriff auf GOLOS illustriert sehr gut die mittelalterliche Übung, den Überbringer einer schlechten Nachricht zu erschlagen.« Die Bürger hätten auf keinen Fall erfahren sollen – so die hinter diesem Vorgehen steckende Motivation –, dass und mit welchen Mitteln die Macht versucht habe, die Wahlen zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Dieser Versuch ist, wie auch in beiden Publikationen deutlich wird, gründlich fehlgeschlagen. *Dmitrij Oreschkin*, einer der deutlichsten Kritiker »der Macht«, berichtet in der »Nowaja« (»Benennen wir die wirklichen Ergebnisse in Moskau«) unter Berufung auf seine Gewährleute von Einzelfällen in der Hauptstadt und hebt dabei einen hervor, in dem in ein- und derselben Schule zwei Wahllokale untergebracht waren, in denen, nach Herkunft und Zusammensetzung zu urteilen, dieselben Menschen abstimmten. Der Unterschied bestand allerdings darin, dass in einem Wahllokal die Mitarbeiter des Projektes »Bürgerbeobachter« (»*Grashdanin nabljudatel*«) tätig waren, im anderen nicht. Im beobachteten Wahllokal

* Sie finden sich im Abschlussbericht von GOLOS. Grundsätzlich zu den Mechanismen der Wahlbeeinflussung in Russland *Anastasija Kornja/Maxim Glinkin, Kak isbiratel'naja sistema pomogajet »Jedinoj Rossii« pobeshdat na wyborach* [Wie das Wahlsystem »Einiges Russland« bei den Wahlen zum Sieg verhilft], *Wedomosti biblioteka*, 30.11.2011



Demonstration auf dem Bolotnaja-Platz. – Foto: Christoph Laug

erhielt ER 26 %, dort, wo kein Beobachter des Projektes anwesend war, bekam die Partei 41 %. Entsprechendes könne man, so offenbar ist Oreschkin zu verstehen, für ganz Moskau und ganz Russland feststellen.

Methoden wie in Tula

Dem Bericht aus Tula von *Vladimir Timakow* in der »*Nowaja*« (»*Wie die der Verfassung nicht entsprechende Mehrheit geschaffen wurde*«) ist zu entnehmen, dass dort die Wahlbeteiligung mit 74 % und der Stimmenanteil von ER mit 62 % anderthalbmal so hoch wie in den benachbarten Städten Kaluga, Orel und Rjazan waren. Die örtlichen Parteigrößen erklärten das damit, dass in Tula der Vorsitzende der Staatsduma, *Boris Gryslow*, die Liste von ER anführte. Den Skeptikern, so Timakow, entlocke das allerdings allenfalls ein Lächeln, entsprächen doch weder die Popularität Gryslows noch sein Bekanntheitsgrad den verkündeten Zahlen.

Im Übrigen machen die Wahlen in Tula den Druck der Macht deutlich, der auf den in der Stadt Verantwortlichen lastete, und der zu deren beträchtlichem Erfindungsreichtum führte. Am Vorabend der Wahlen, so die Geschichte in den Worten von Timakow, sei den Vertretern der Oppositionsparteien privatim vorgeschlagen worden, keine eigenen Beobachter zu den Wahlen zu schicken, sondern diejenigen zu akzeptieren, die ER benenne. Die Tulaer Kommunisten hätten sich darauf ebenso wenig eingelassen wie die örtlichen »Jablotschniki« [Mitglieder der Partei »Jabloko«] und die Entsendung eigener Beobachter angekündigt. Doch dazu kam es nicht, oder jedenfalls nicht im erforderlichen Ausmaß: Fast alle Mitglieder der Wahlkommissionen in den einzelnen Wahllokalen von Seiten der KPRF konnten am Morgen ihre Wohnungen nicht verlassen, weil ihre Türen mit Industriekleber verschlossen worden waren. Die Beobachter von Jabloko kamen zwar aus ihren Wohnungen, mussten aber in einzelnen Wahlloka-

len feststellen, dass dort bereits entsprechend ausgewiesene Vertreter von Jabloko saßen, die ihnen allerdings sämtlich unbekannt waren. Es dauerte geraume Zeit und bedurfte beträchtlicher Anstrengungen des Vorsitzenden des Regionalverbandes von Jabloko, um die Verantwortlichen in den Wahllokalen davon zu überzeugen, dass die Dokumente, welche die falschen Jablotschniki vorgelegt hatten, nicht echt waren. Schneller ging die Entlarvung im Falle zweier anderer ungerufener Vertreter von Jabloko vonstatten: Sie erwiesen sich als Staatsbürger Tadschikistans.

Nach einer Schilderung zahlreicher weiterer Verstöße gegen die Wahlgesetze schließt der Autor mit der sarkastischen Bemerkung, am Morgen nach dem Wahltag könne die Tulaer Sektion von ER zu Recht ausrufen: »Klarer Sieg!« Timakow fügt als Postskriptum hinzu: Trotz allem solle man unbedingt zu den Wahlen gehen. Die gegenwärtigen Fälschungsmethoden beruhten in ihrer Mehrheit auf der Nutzung der Stimmen derjenigen, die nicht zur Wahl gegangen sind.

Lügner und Kleptokraten

Mit Blick auf die politische Einordnung der Wahlen findet *Dmitri Oreschkin* in der »*Nowaja*«, nichts anderes sei zu erwarten gewesen von den Erben eines Systems, das seinerzeit seinen Bürgern ins Gesicht gelogen habe, indem es die UdSSR als in jeder Hinsicht blühenden Staat hingestellt habe. Heute wie damals seien es die gleichen Kader, die entsprechend handelten: weil es von ihnen verlangt werde. Es sei kennzeichnend, so Oreschkin, dass Präsident Medwedew den Gouverneuren bedeutet habe, sie könnten ihren Hut nehmen, sofern sie nicht für die erforderliche Zahl von Stimmen für ER sorgten. Diejenigen aber, die »auf erbarmungslose Weise« die notwendige Prozentzahl sicherstellten, würden belobigt und befördert. Wer es noch nicht begriffen habe, dem müsse es jetzt angesichts der Wahlen klar werden: wie die Putinsche Machtvertikale konstruiert sei und welche Figuren sie hervorbringe.

Deutliche Worte findet einmal mehr auch *Julia Latynina*, eine der kritischsten Stimmen in der Moskauer Medienlandschaft. In der »*Nowaja*« beklagt sie (»*Jeder für sich alleine*«), dass die Macht den Begriff der Wahlen seines Sinnes entleert habe: Nicht eine einzige Partei habe sie zugelassen, der man die Bezeichnung »Opposition« zubilligen könne; darüber hinaus habe sie die Möglichkeit, »gegen alle« zu stimmen, durch Streichung der entsprechenden Rubrik abgeschafft. Gleichzeitig habe sie alle Mittel der Agitation und der Fälschung eingesetzt, um ER zu befördern. Es habe alles nichts genützt: Nicht einmal 50 % habe die Partei bekommen. Die Autorin sieht damit die Macht des Arguments beraubt, das sie bisher in der Tat stets verwendet hat, wenn ihr

Handeln in Zweifel gezogen wurde: Die Bevölkerung sei in ihrer Mehrheit für die Staatspartei.

Die Wahlen haben gezeigt, dass dies nun nicht mehr so ist. Die Gründe für diese Entwicklung liegen für Latynina in der Natur der Kleptokratie, als die sie das gegenwärtige System sieht: Das Regime sei – ein ambivalentes Argument – trotz aller Kontrolle außerstande, ein ausreichendes Maß von Zwang anzuwenden, um die erwünschten Resultate zu erzielen. Darüber hinaus sei, so Latynina, die Beeinflussung der Wähler durch die Macht an ihre Grenzen gestoßen ist. Man könne der Öffentlichkeit vieles vormachen, vieles aber auch nicht. Insbesondere die »totale Korruption, die völlige Zersetzung der herrschenden Klasse, das Verschwinden des Staates ... als einer Institution, die dem Schutz der Rechte und der Freiheit der Bürger dient«, könne »die Macht« nicht manipulativ zum Verschwinden bringen: weil jeder Bürger in Russland seine eigenen Erfahrungen mit diesen Erscheinungen gemacht habe und stetig neu mache. Latyninas Fazit: Das System zerstört sich selbst – mit angsteinflößender Schnelligkeit: »Die nächsten Wahlen wird es nicht überleben.«

Das Newtonsche Gesetz

Slawa Taroschtschina, auch sie eine der Zierden der russischen Journalistenzunft, ist da nicht so sicher. Ebenfalls in der »Nowaja« meint sie zum Schluss ihres Artikels (»Die Verletzten der Machtvertikale«), erneut bleibe die Frage unbeantwortet, was auf das Land und seine Menschen zukomme. Klar sei eines: Alle müssten lernen, anders als bisher zu leben. In jedem Fall und trotz des guten Abschneidens der KPRF sei der Wahlausgang letztlich als positiv zu werten: Das Fernsehen habe seinen Wettkampf mit dem Internet verloren. Und zwar deshalb, weil die für das Fernsehen Verantwortlichen – Taroschtschina hat ihren Physikunterricht offenbar nicht vergessen – das Newtonsche Gesetz ignoriert hätten: Aktion gleich Reaktion. »Der zynische, grenzenlose und

widerliche Druck auf die Wähler« habe einen entsprechenden Gegendruck erzeugt, nämlich einen wesentlichen Rückgang des Ratings von ER und damit das Gegenteil des Gewollten.

Das Internet habe damit – so das Fazit von Slawa Taroschtschina – das Unmögliche geschafft: Es habe das Land aus seiner Lethargie geweckt und das geistige Klima verändert. Mit dem Einheitsdenken und -fühlen sei es nun zu Ende. Und das heißt, so die Autorin: Es gibt eine neue Machtkonstellation. Vorbei sei es nun, so lässt Taroschtschina erkennen, mit Figuren wie *Vladimir Tschurow*, dem Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, der das punktuelle Abschalten des Internets durch »die Macht« – ein ernsthaft nicht zu bestreitender Vorgang – mit Worten kommentiert hat, die in den ewigen Sprachschatz der russischen Politik eingehen dürfen: »Die Mitteilung über eine Verletzung (sc. der Wahlgesetze) bedeutet nicht das Vorliegen einer Verletzung.«

Auch *Jewgenija Albaz*, die Chefredakteurin von »*The New Times*«, unterstreicht in ihrer Kolumne (»*Furcht*«) die Bedeutung des Internet, und zwar auch und besonders mit Blick auf die Regionen Russlands. Die sozialen Medien erlaubten der Macht nicht mehr, die in von Moskau weit entfernten Städten Protestierenden still und heimlich »in den Boden zu stampfen«, wie das seinerzeit in Nowotscherkassk geschehen sei. Das Internet vervielfache den Protest einzelner und erzeuge schließlich den Protest von Millionen und damit ein gemeinsames Handeln, welches der Kreml so sehr fürchte. Mit Blick auf die Zukunft meint Albaz, einen Aufstand gebe es – noch – nicht. Doch wenn die Macht sich nicht besinne, könne er sich »in seiner ganzen Größe« erheben.

Die Bewertung der Wahlen durch »*The New Times*« kommt in der Überschrift zum Ausdruck, die die Redaktion ihrem Eingangsartikel gegeben hat: »*Das ist eine öffentliche moralische Niederlage der Partei der Macht.*«

Über den Autor

Dr. Falk Bomsdorf war von 1993 bis 2009 Leiter des Büros Moskau der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Zitiert wird aus der *Nowaja gaseta*, Nr. 137 (1840) vom 7.12.2011, und aus der »*Nowoje Wremja/The New Times*«, Nr. 41 (226) vom 5.12.2011.

Das offizielle Endergebnis der Wahlen zur Staatsduma, 4. Dezember 2011

Tabelle 1: Endergebnis der Dumawahlen vom 4. Dezember 2011. Wahlprotokoll der Zentralen Wahlkommission

1	Wahlberechtigte	109.237.780	
2	An die Wahlkommissionen ausgegebene Stimmzetteln	103.023.773	
3	Stimmzettel an Wähler, die vorzeitig abstimmen	170.710	
4	Stimmzettel an Wähler zur Abstimmung in Wahlräumen	61.250.309	
5	Stimmzettel an Wähler zur Abstimmung außerhalb von Wahlräumen	4.353.443	
6	Entwertete Stimmzettel	37.246.690	
7	Stimmzettel in mobilen Urnen	4.522.236	
8	Stimmzettel in ortsfesten Urnen	61.134.290	
9	Ungültige Stimmen	1.033.464	
10	Gültige Stimmen	64.623.062	
11	Wahlscheine (von Wahlkommissionen eingenommen)	2.173.343	
12	Wahlscheine (von Wahlkommissionen ausgegeben)	1.647.223	
13	Wähler, die mit Wahlscheinen abgestimmt haben	1.257.968	
14	Entwertete Wahlscheine	525.993	
15	Wahlscheine, ausgestellt von den Territorialen Wahlkommission	149.716	
16	Verlorengegangene Wahlscheine	127	
17	Verlorengegangene Stimmzettel	2.842	
18	Stimmzettel, die bei Erhalt nicht gewertet wurden	221	
19	Gerechtes Russland	8.695.522	13,24 %
20	LDPR	7.664.570	11,67 %
21	Patrioten Russlands	639.119	0,97 %
22	KPRF	12.599.507	19,19 %
23	Jabloko	2.252.403	3,43 %
24	Einiges Russland	32.379.135	49,32 %
25	Rechte Sache	392.806	0,60 %
	Wahlbeteiligung	65.656.526	60,10 %

Stand 09.12.2011 21:24:00

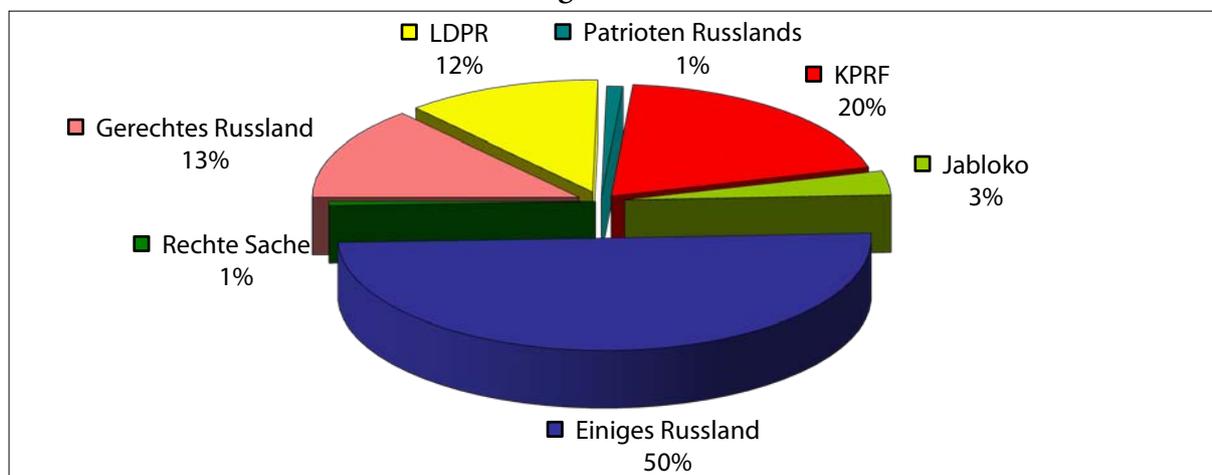
Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100028713304&vrn=100100028713299®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100028713304&type=242

Tabelle 2: Sitzverteilung nach Angaben der Zentralen Wahlkommission

Gerechtes Russland	64	14,22 %
LDPR	56	12,44 %
KPRF	92	20,44 %
Einiges Russland	238	52,89 %
	450	100,00 %

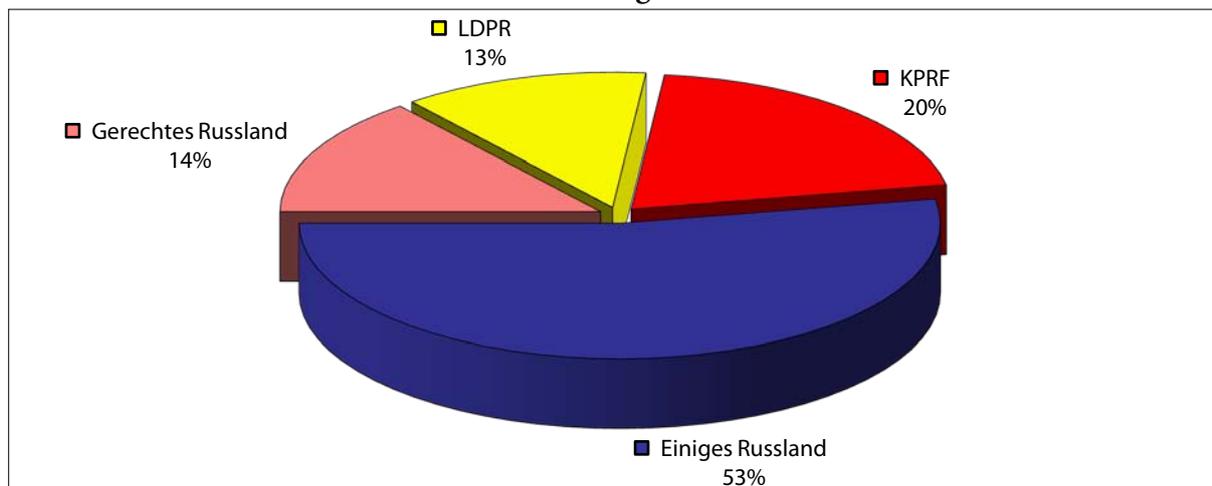
Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission, *Rossijskaja gaseta*, 10.12. 2011 <http://www.rg.ru/printable/2011/12/10/duma-itogi-dok.html>, 11. Dezember 2011

Grafik 1: Dumawahlen, 4.12.2011: Endergebnis



Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100028713304&vrn=100100028713299®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100028713304&type=242

Grafik 2: Dumawahlen 4.12.2011: Sitzverteilung



Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission, Rossijskaja gaseta, 10.12. 2011 <http://www.rg.ru/printable/2011/12/10/duma-itogi-dok.html>, 11. Dezember 2011

Tabelle 3: Exit-Polls und Endergebnis

	WZIOM	FOM	Vorläufiges Endergebnis
Einiges Russland	48,5%	45,5%	49,47%
KPRF	19,8%	21,0%	19,17%
LDPR	11,4%	13,2%	11,67%
Gerechtes Russland	12,8%	14,0%	13,22%
Patrioten Russlands	0,9%	0,9%	0,97%
Jabloko	4,2%	3,6%	3,35%
Rechte Sache	1,1%	0,6%	0,59%
Ungültig gemachte Stimmzettel	1,3%		
	100,0%	98,8%	98,4%

Quelle: Angaben des WZIOM <http://vybory.wciom.ru/index.php?id=566&uid=11217>; Angaben der Stiftung Öffentliche Meinung <http://fom.ru/partii/10270>, 6.12.2011

Die Moskauer Anomalie

Das Moskauer Wahlergebnis 2011 zeichnet sich durch eine Reihe von Merkwürdigkeiten aus. Zunächst lag die Wahlbeteiligung in der Mehrheit der Territorialwahlkreise über dem Landesdurchschnitt. 2007 lag sie darunter. Auch der Stimmenanteil für »Einiges Russland« lag 2011 über dem russischen Durchschnitt, während die Werte bisher immer darunter lagen. Zudem gibt es zwischen den Territorialwahlkreisen deutliche Unterschiede. 2007 war das Abstimmungsverhalten relativ homogen. 2011 schwanken die Anteile von »Einiges Russland« zwischen 32 % und 53 %. Diese Anomalien nähren den Verdacht, dass in der Mehrheit der Wahlkreise massiv gefälscht worden ist.

Im Vergleich zu Moskau zeigt St. Petersburg ein konsistentes Abstimmungsverhalten. Sowohl Wahlbeteiligung wie Stimmenanteil für »Einiges Russland« lagen 2007 und 2011 unter dem Landesdurchschnitt. Gegenüber 2007 ist aber 2011 ein deutlicher Einbruch für die Kreml-Partei zu beobachten – etwa 12–16 %, und zwar im gesamten Stadtgebiet.

Tabelle 4: Das Wahlergebnis in Moskau und Sankt-Petersburg

Region	Territorialwahlkreis	4.12.2011		2.12.2007	
		Einiges Russland	Wahlbeteiligung	Einiges Russland	Wahlbeteiligung
<i>Russische Föderation</i>		<i>49,32%</i>	<i>60,10%</i>	<i>64,30%</i>	<i>63,71%</i>
Moskau	Wostotschnaja	51,08%	63,78%	51,75%	54,38%
Moskau	Donskaja	53,51%	65,13%	54,88%	56,29%
Moskau	Kunzewskaja	50,30%	59,09%	49,83%	52,63%
Moskau	Ljublinskaja	50,95%	60,56%	59,61%	58,71%
Moskau	Medwedkovskaja	35,33%	56,19%	54,92%	54,57%
Moskau	Tuschinskaja	32,23%	56,09%	51,36%	52,29%
Moskau	Zarizynskaja	54,02%	65,47%	62,64%	57,68%
Moskau	Zentralnaja	45,46%	61,94%	55,68%	61,10%
Moskau	Tscheremuschkinskaja	42,38%	59,21%	49,83%	52,09%
Moskau	Scheremetewskaja	46,81%	65,52%	49,09%	51,42%
Sankt Petersburg	Wostotschnaja	36,30%	56,02%	52,45%	50,49%
Sankt Petersburg	Sapadnaja	37,48%	54,72%	52,26%	51,99%
Sankt Petersburg	Sewernaja	35,91%	54,99%	49,67%	51,58%
Sankt Petersburg	Zentralnaja	30,12%	53,83%	47,89%	51,38%
Sankt Petersburg	Jushnaja	37,37%	53,14%	49,17%	51,92%

Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100028713304&vrn=100100028713299®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100028713304&type=233

Tschetschenien, Dagestan & Co.

Wie auch in den vorigen Jahren, erzielten einige Regionen, insbesondere im Nordkaukasus und an der Mittelwolga, überdurchschnittlich gute Ergebnisse für »Einiges Russland« bei überdurchschnittlich hoher Wahlbeteiligung. Der Verdacht der Wahlfälschung liegt nahe.

In vielen anderen Regionen liegt die Wahlbeteiligung und der Stimmenanteil für »Einiges Russland« deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Offenbar differiert der Grad der Wahlfälschung regional. In einigen Landesteilen, in denen die Öffentlichkeit besser organisiert ist und die Administrationen mehr Skrupel haben, wird der Abstimmungsvorgang korrekter durchgeführt.

Tabelle 5: Regionalergebnisse, geordnet nach Stimmenanteilen, die »Einiges Russland« erzielt hat

Region	Territorialwahlkreis	Gerechtes Russland	LDPR	Patrioten Russlands	KPRF	Jabloko	Einiges Russland	Rechte Sache	Wahlbeteiligung
<i>Russische Föderation</i>		13,24 %	11,67 %	0,97 %	19,19 %	3,43 %	49,32 %	0,60 %	60,10 %
Republik Tschetschenien		0,18 %	0,02 %	0,07 %	0,09 %	0,05 %	99,48 %	0,04 %	99,51 %
Republik Dagestan	Derbentskaja	0,20 %	0,02 %	0,08 %	7,44 %	0,04 %	91,94 %	0,07 %	90,33 %
Republik Mordowien		1,29 %	1,54 %	0,14 %	4,54 %	0,30 %	91,62 %	0,10 %	94,09 %
Republik Dagestan	Machatschkalinskaja	0,18 %	0,04 %	0,17 %	8,38 %	0,06 %	90,97 %	0,05 %	91,78 %
Republik Inguschetien		2,32 %	0,41 %	0,25 %	2,94 %	0,77 %	90,96 %	1,50 %	86,36 %
Republik Karatschajewo-Tscherkessien		0,47 %	0,28 %	0,13 %	8,82 %	0,13 %	89,84 %	0,11 %	93,19 %
Republik Tjwa		6,71 %	2,08 %	0,31 %	3,93 %	0,52 %	85,29 %	0,19 %	86,10 %
Republik Kabardino-Balkarien		0,20 %	0,08 %	0,03 %	17,63 %	0,07 %	81,91 %	0,04 %	98,33 %
Republik Tatarstan	Moskowskaja	4,06 %	3,42 %	0,31 %	8,34 %	1,10 %	81,65 %	0,27 %	83,89 %
Republik Tatarstan	Nefljanaja	3,75 %	2,66 %	0,37 %	9,91 %	0,60 %	81,57 %	0,27 %	86,98 %
Republik Tatarstan	Nabereschtschelninskaja	4,35 %	2,59 %	0,34 %	10,69 %	0,67 %	80,35 %	0,33 %	87,12 %
Republik Baschkortostan	Sterlitamakskaja	3,52 %	3,73 %	0,39 %	14,09 %	0,65 %	76,33 %	0,46 %	81,33 %
Republik Baschkortostan	Birskaja	4,79 %	4,58 %	0,50 %	13,47 %	0,86 %	74,55 %	0,29 %	83,54 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

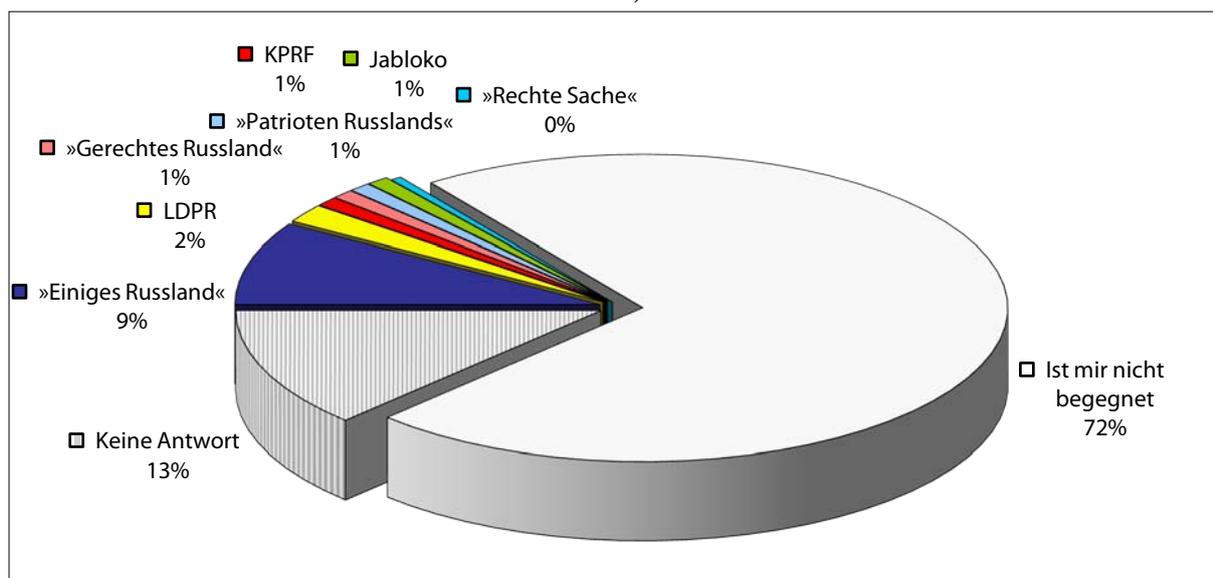
Tabelle 4: Regionalergebnisse, geordnet nach Stimmenanteilen, die »Einiges Russland« erzielt hat (Fortsetzung)

Region	Territorialwahlkreis	Gerechtes Russland	LDPR	Patrioten Russlands	KPRF	Jabloko	Einiges Russland	Rechte Sache	Wahlbeteiligung
Autonomer Okrug der Jamalen und Nenzen		4,70 %	13,63 %	0,74 %	6,56 %	1,21 %	71,68 %	0,41 %	82,11 %
Republik Baschkortostan	Salawatskaja	5,61 %	3,76 %	0,54 %	16,85 %	0,78 %	71,06 %	0,28 %	81,56 %
Autonomer Okrug der Tschuktschen		5,40 %	11,24 %	0,87 %	6,70 %	1,71 %	70,32 %	0,66 %	79,10 %
Republik Nord-Ossetien – Alanien		6,03 %	2,23 %	0,35 %	21,72 %	0,25 %	67,90 %	0,28 %	85,74 %
Gebiet Tambow		6,02 %	7,09 %	0,52 %	16,46 %	1,43 %	66,66 %	0,29 %	68,04 %
Republik Kalmykien		7,18 %	4,02 %	0,64 %	18,37 %	1,43 %	66,10 %	0,65 %	63,18 %
...
Gebiet Archangelsk		22,11 %	18,16 %	1,23 %	20,23 %	4,46 %	31,90 %	0,75 %	49,96 %
Gebiet Orenburg	Orenburgskaja	18,50 %	17,23 %	1,14 %	26,74 %	2,98 %	31,42 %	0,50 %	52,30 %
Gebiet Moskau	Serpuchowskaja	17,58 %	14,30 %	1,24 %	26,86 %	5,19 %	31,15 %	0,86 %	52,05 %
Gebiet Kostroma		18,58 %	15,99 %	1,04 %	28,85 %	3,03 %	30,74 %	0,53 %	57,25 %
Stadt Sankt-Peterburg	Zentralnaja	26,46 %	9,74 %	1,24 %	15,29 %	14,54 %	30,12 %	1,03 %	53,83 %
Gebiet Wolgograd	Wolgogradskaja	22,94 %	12,86 %	1,35 %	25,02 %	5,73 %	29,74 %	0,76 %	49,48 %
Gebiet Jaroslawl		22,63 %	15,48 %	1,85 %	23,99 %	4,79 %	29,04 %	0,68 %	55,85 %
Gebiet Moskau	Dmitrowskaja	17,50 %	13,54 %	1,31 %	27,58 %	7,42 %	28,67 %	1,14 %	48,01 %
Gebiet Omsk	Zentralnaja	16,45 %	15,40 %	1,22 %	30,56 %	5,82 %	27,47 %	0,98 %	48,98 %
Gebiet Moskau	Noginskaja	17,60 %	15,89 %	1,46 %	27,54 %	6,64 %	26,44 %	1,03 %	47,49 %
Gebiet Swerdlow	Zentralnaja	27,61 %	14,55 %	1,03 %	18,99 %	8,14 %	25,66 %	1,60 %	51,27 %

Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&td=100100028713304&vrm=100100028713299®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100028713304&type=233

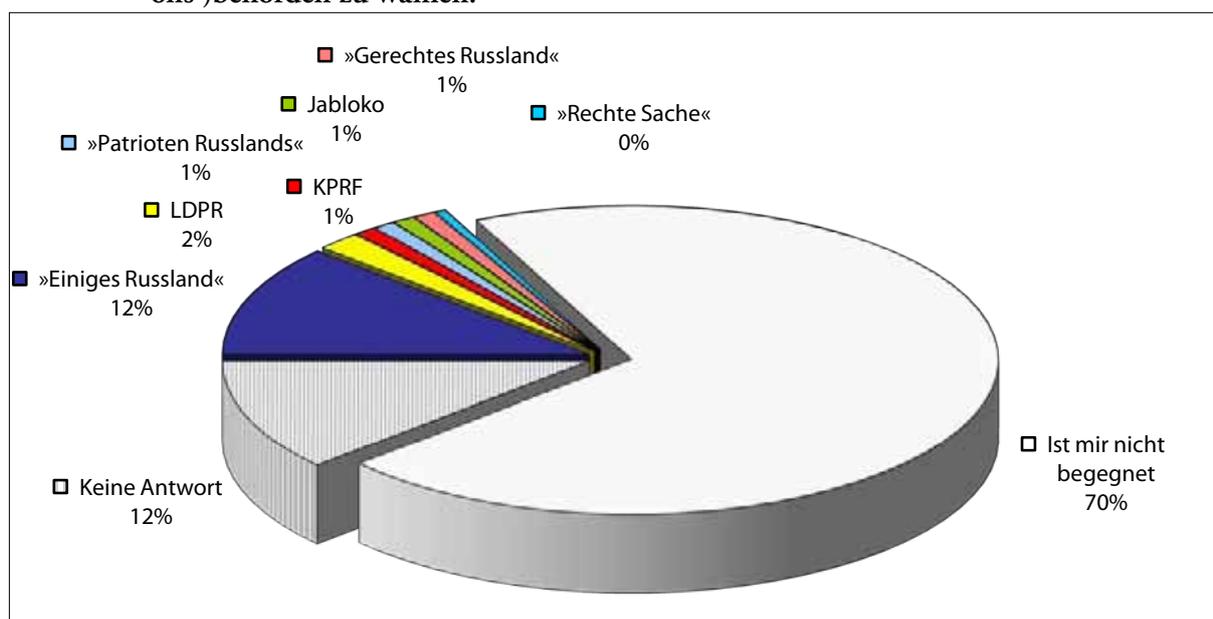
Gab es Wahlbeeinflussung?

Grafik 3: Wurden Sie dazu angeregt, die Partei Ihres unmittelbaren Chefs oder von jemand aus der Führung des Unternehmens zu wählen, für das Sie arbeiten (Lehreinrichtung, in der Sie lehren oder Ihre Kinder lernen)?



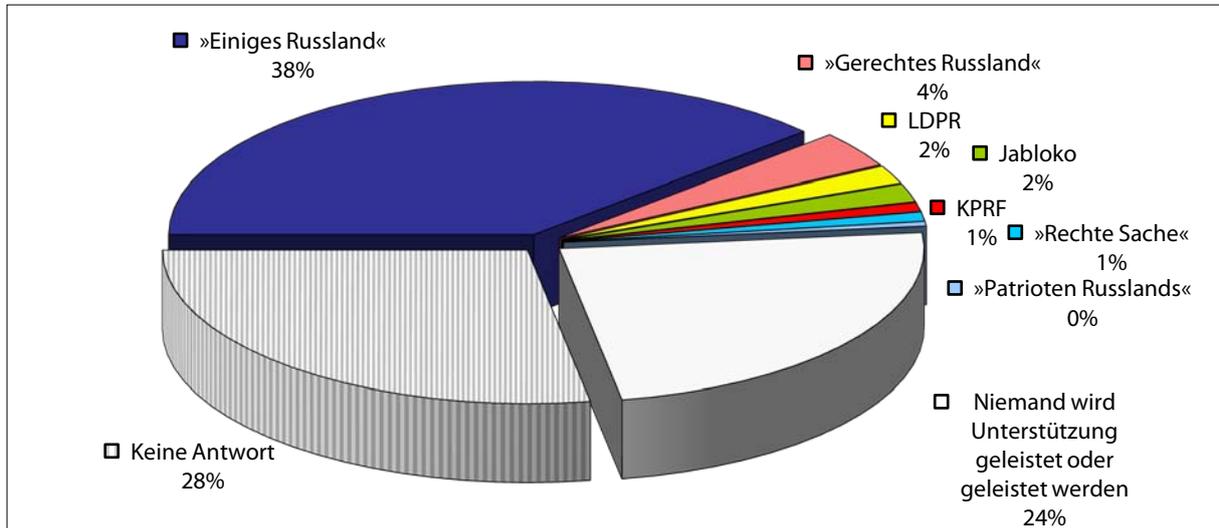
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. November 2011, <http://www.levada.ru/12-12-2011/za-kogo-pobuzhdali-golosovat-rossiyan-i-kakim-partiyam-okazyvali-sodeistvie-mestnye-vlast>.

Grafik 4: Wurden Sie dazu angeregt, die Partei der Vertreter der regionalen oder Stadt- (Rayons-)behörden zu wählen?



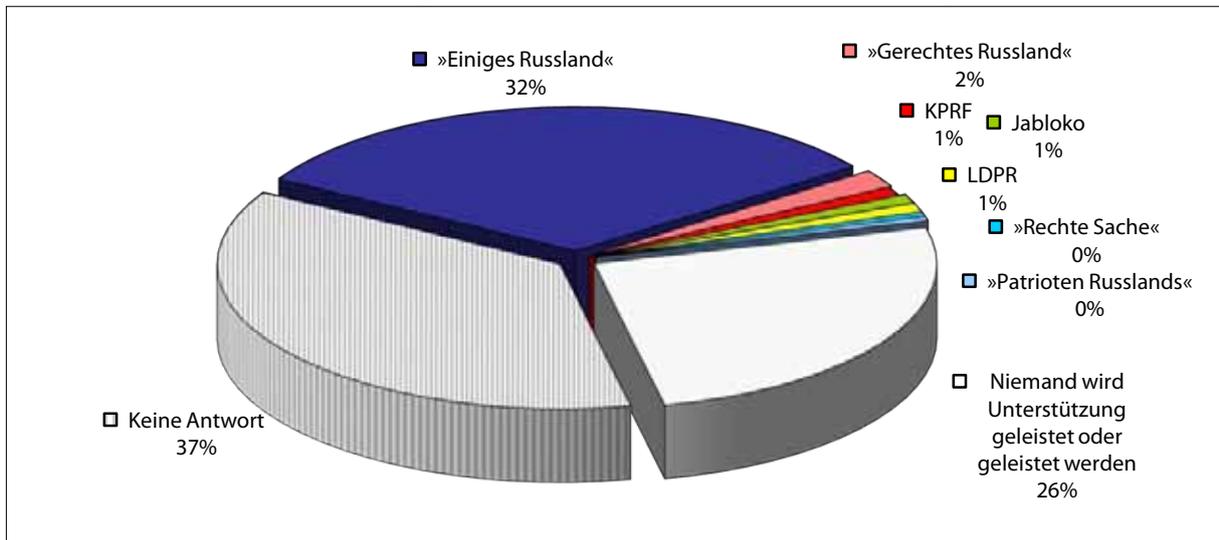
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. November 2011, <http://www.levada.ru/12-12-2011/za-kogo-pobuzhdali-golosovat-rossiyan-i-kakim-partiyam-okazyvali-sodeistvie-mestnye-vlast>.

Grafik 5: Mischt sich die örtliche Staatsmacht in den Ablauf der Wahlkampfes ein, unterstützt sie irgend eine bestimmte Partei oder Parteien?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. November 2011, <http://www.levada.ru/12-12-2011/za-kogo-pobuzhdali-golosovat-rossiyan-i-kakim-partiyam-okazyvali-sodeistvie-mestnye-vlast>.

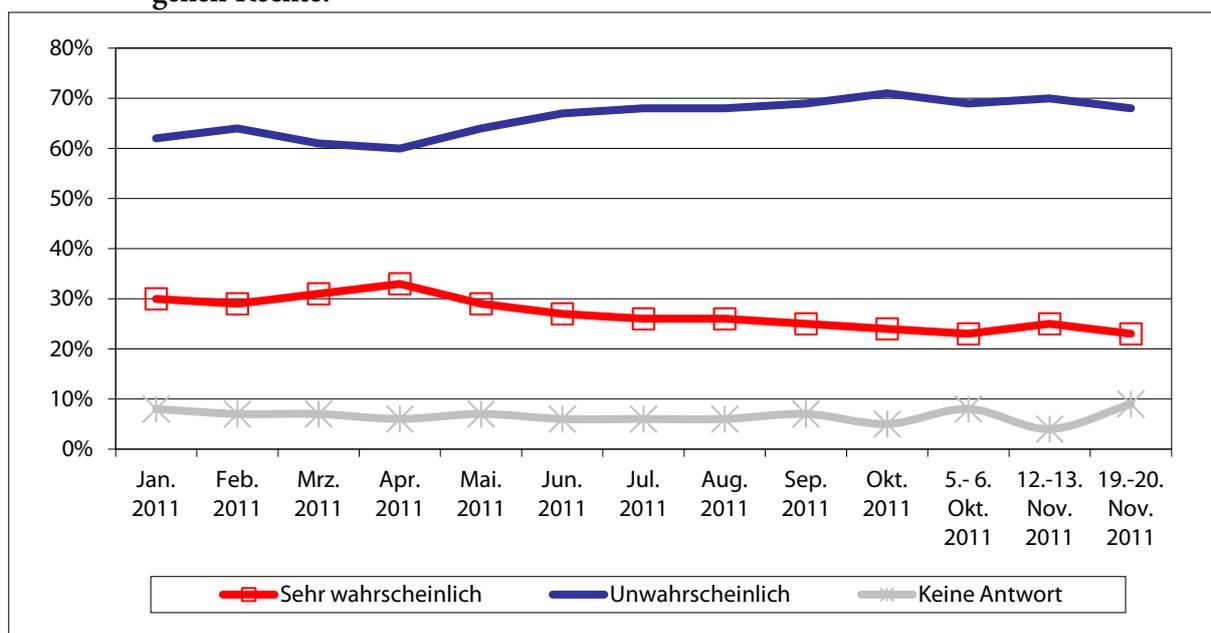
Grafik 6: Leisten die Zentrale Wahlkommission oder die regionalen Wahlkommissionen bei der Stimmauszählung einer Partei oder Parteien Unterstützung?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. November 2011, <http://www.levada.ru/12-12-2011/za-kogo-pobuzhdali-golosovat-rossiyan-i-kakim-partiyam-okazyvali-sodeistvie-mestnye-vlast>.

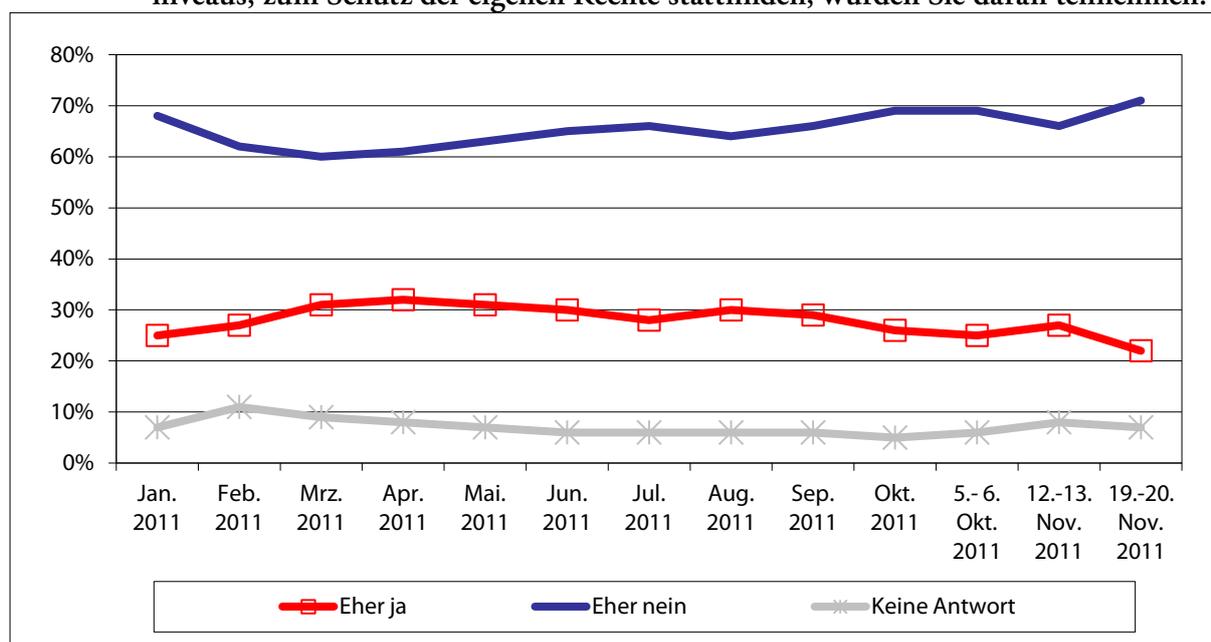
Protestbarometer bis November 2011 – kein Anzeichen für eine Massenbewegung

Grafik 7: Wie wahrscheinlich sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig in Ihrer Stadt/Region Massenaufmärsche gegen den Rückgang des Lebensstandards, zum Schutz der eigenen Rechte?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 19.–20. November 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/112101.html>

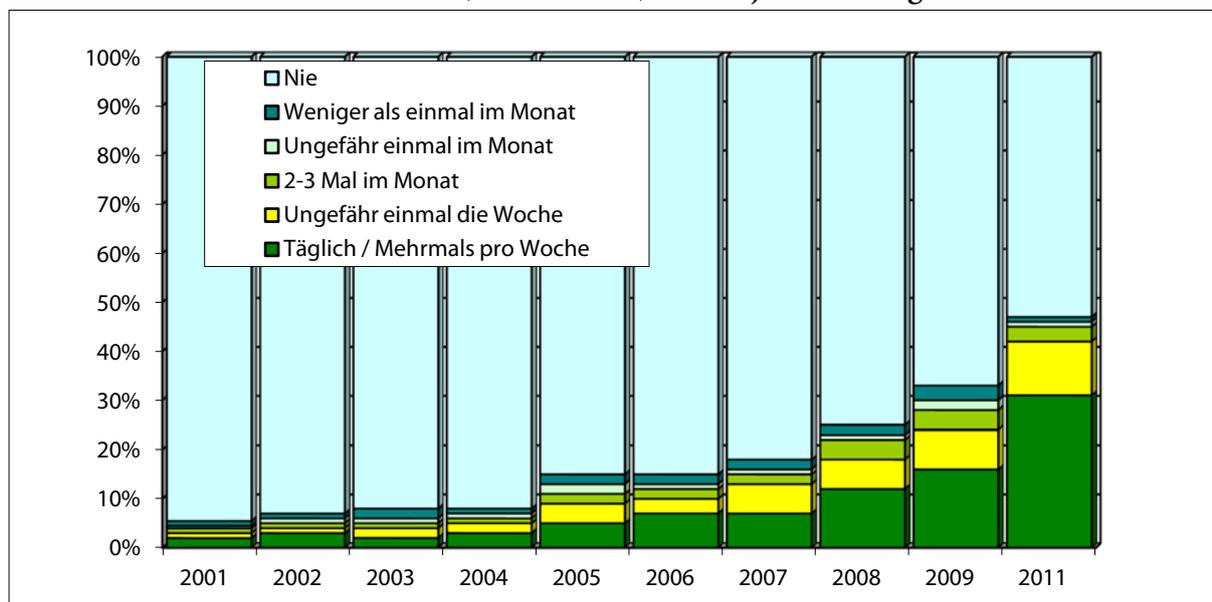
Grafik 8: Wenn in Ihrer Stadt/Region Massenaufmärsche gegen den Rückgang des Lebensniveaus, zum Schutz der eigenen Rechte stattfinden, würden Sie daran teilnehmen?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 19.–20. November 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/112101.html>

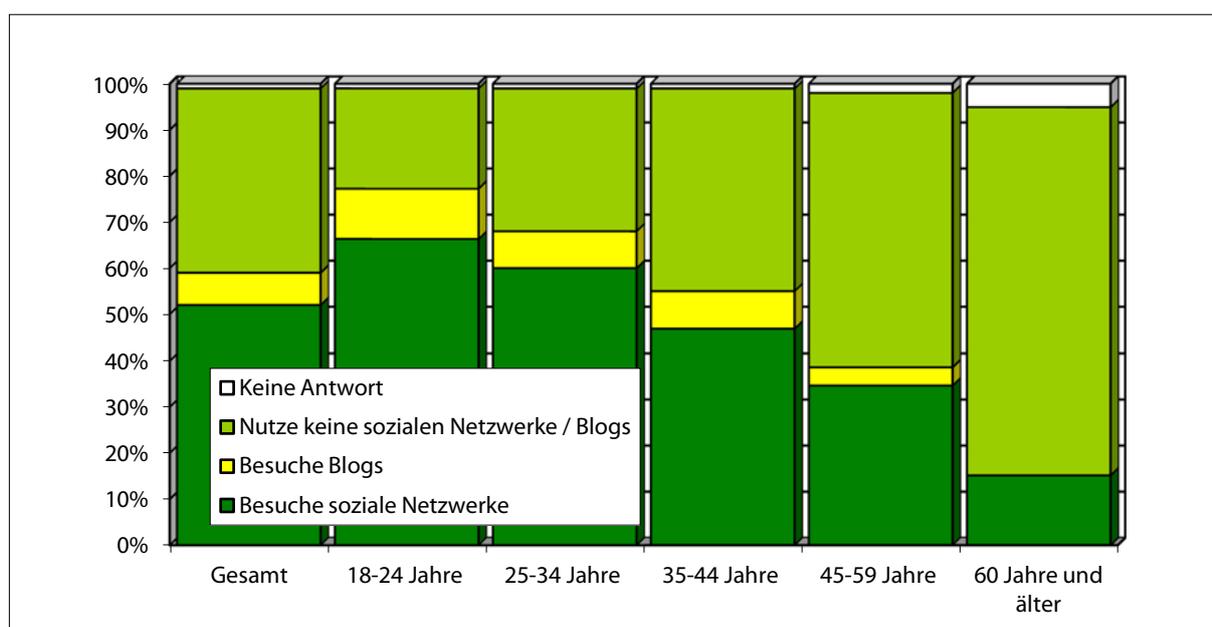
Internet, Facebook, Vkontakte

Grafik 9: Nutzen Sie das Internet (außer E-Mail)? Wenn ja, wie häufig nutzen Sie es?



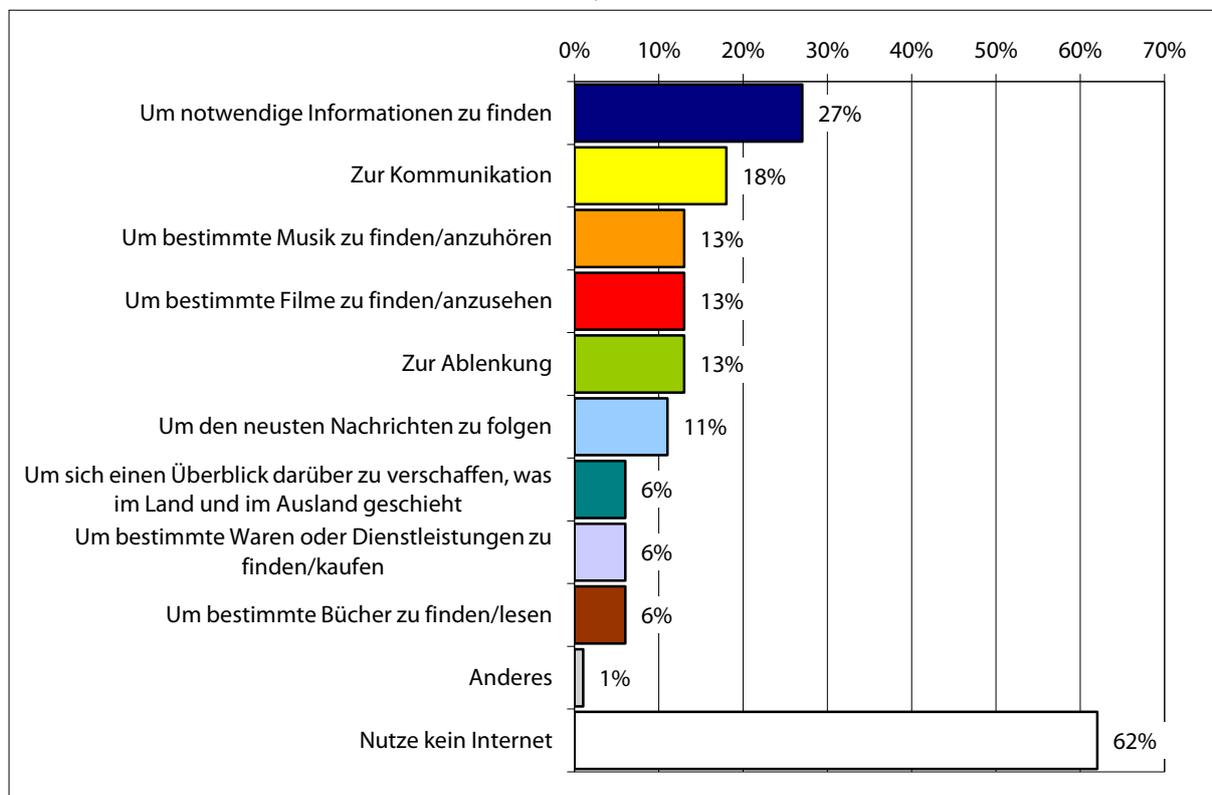
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrum vom 11.–14. Februar 2011, <http://www.levada.ru/press/2011031402.html>

Grafik 10: Nutzen Sie das Internet? Wenn ja, besuchen sie soziale Netzwerke oder Blogs (Odnoklassniki, Vkontakte, Moj Krug, Moj Mir oder ähnliches)? (Geschlossene Frage, maximal zwei Antwortmöglichkeiten, in % derer, die das Internet nutzen)



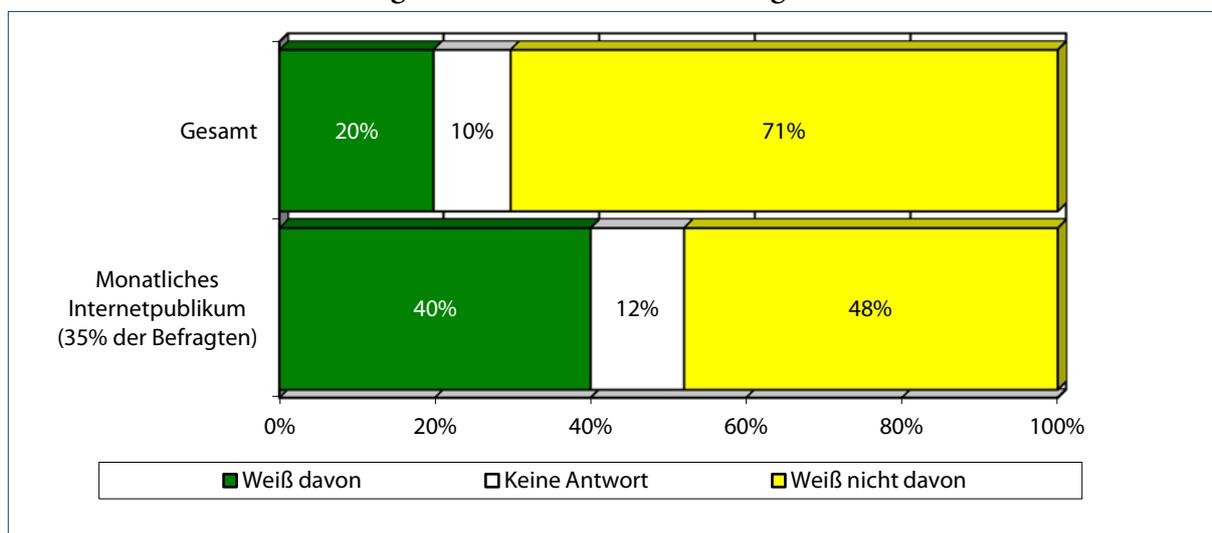
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrum vom 11.–14. Februar 2011, <http://www.levada.ru/press/2011031402.html>

Grafik 11: Nutzen Sie das Internet und wenn ja, für welche Zwecke?



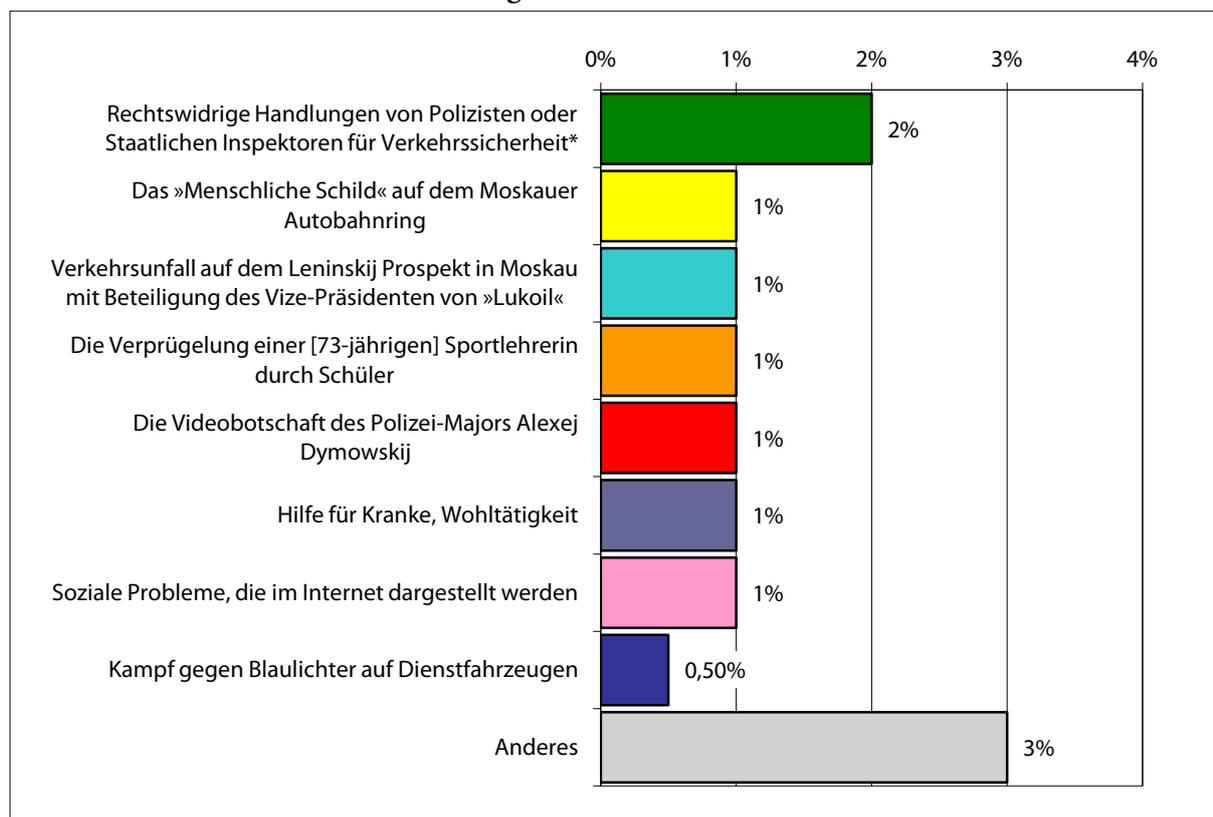
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrum vom 11.–14. Februar 2011, <http://www.levada.ru/press/2011031402.html>

Grafik 12: Heute äußern viele Menschen im Internet ihre Meinung, veröffentlichen Informationen über irgend welche Ereignisse und Phänomene. Wissen Sie von Ereignissen, bei denen dank der Veröffentlichung von Informationen im Internet durch einfache Menschen das Ereignis oder das Phänomen eine große Öffentlichkeit erreicht hat?



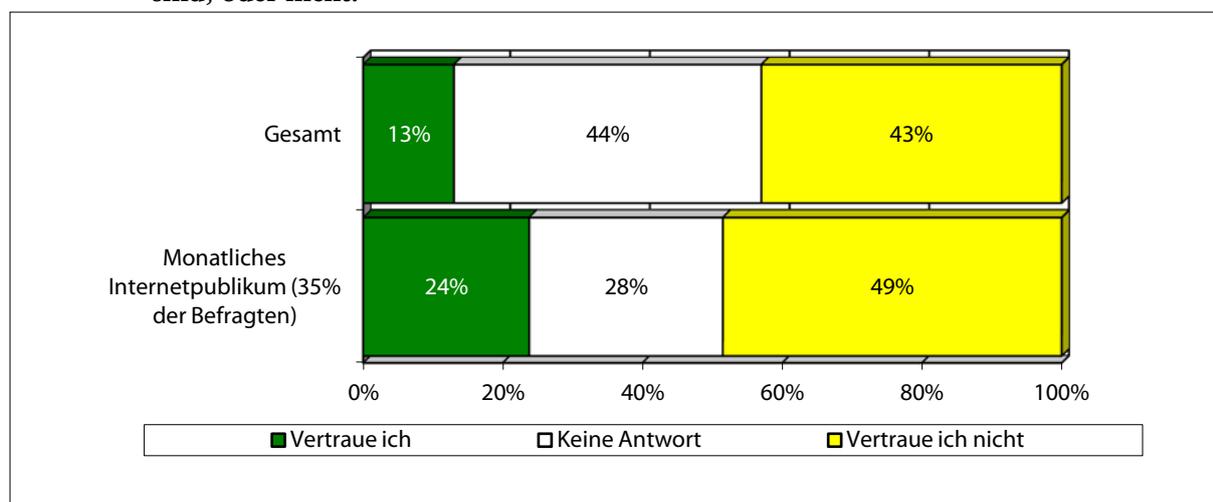
Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung vom 17.–18. April 2010, <http://bd.fom.ru/pdf/d19avi10.pdf>

Grafik 13: Führen Sie bitte Beispiele an, bei denen Ereignisse oder Phänomene wegen eines einfachen Internetnutzers eine große Öffentlichkeit erreicht haben.



*Verkehrspolizisten; Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung vom 17.–18. April 2010, <http://bd.fom.ru/pdf/d19avi10.pdf>

Grafik 14: Vertrauen Sie Informationen, die von einfachen Menschen im Internet eingestellt sind, oder nicht?



Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung vom 17.–18. April 2010, <http://bd.fom.ru/pdf/d19avi10.pdf>

Vom 2. bis zum 15. Dezember 2011

02.–03.12.2011	Lilija Schibanowa, Geschäftsführerin der unabhängigen Wahlbeobachtungsvereinigung GOLOS wird am Moskauer Flughafen Scheremetewo 12 Stunden festgehalten, bis sie den Behörden ihren Laptop aushändigt. Diese hatten ihr die Verwendung illegaler Software vorgeworfen.
04.12.2011	In Russland finden Wahlen zur Staatsduma statt. Neben den Dumawahlen finden in 27 Regionen Wahlen zu den Regionalparlamenten statt.
04.12.2011	Michail Kotow, Chefredakteur der Internetzeitung »Gazeta.ru« wird in die Föderalbehörde zur Aufsicht von Informationstechnologien und Massenkommunikation beordert. »Gazeta.ru« wird auf Grund der Zusammenarbeit mit GOLOS bei der »Karte der Wahlrechtsverstöße« die Verletzung von Bestimmungen zur Medienberichterstattung über die Wahlen vorgeworfen.
05.12.2011	Die Zentrale Wahlkommission veröffentlicht das vorläufige Endergebnis der Dumawahlen am 4. Dezember. »Einiges Russland« erhält 49,41 % der Stimmen, KPRF 19,15 %, »Gerechtes Russland« 13,23 % und die LDPR 11,65 %, Jabloko 3,42 %. Die Wahlbeteiligung liegt bei 60,2 % und damit 5 % über der Beteiligung von 2003 sowie 3 % unter der von 2007.
05.12.2011	Ljudmila Worobjowa, bisher Erste Stellvertretende Direktorin des Föderalen Dienstes für Verteidigungsausgaben (RosOboronSakaza) wird zu dessen Leiterin ernannt.
05.12.2011	Ein Moskauer Bezirksgericht verlängert die Untersuchungshaft für Rustam Machmudow, den Hauptangeklagten im Mord an der Journalistin Anna Politkowskaja, bis zum 7. März 2012.
05.12.2011	Präsident Dmitrij Medwedew erklärt auf einem Treffen mit Mitgliedern der Partei »Einiges Russland«, dass seiner Meinung nach die Option »Gegen alle« auf dem Stimmzettel wieder eingeführt werden könnte.
05.12.2011	Iwan Melnikow, Erster Stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, gibt bekannt, dass die KPRF eine Klage beim Obersten Gericht wegen Verstößen gegen das Wahlrecht sowie Fälschungen der Wahlergebnisse vorbereitet.
05.12.2011	Im Zentrum Moskaus demonstrieren ca. 5.000 Personen gegen die Ergebnisse der Dumawahlen. Bei einer weiteren nicht genehmigten Demonstration werden im Anschluss mehr als 300 Personen festgenommen. Ilja Jaschin, Bewegung Solidarnost und Alexej Nawalnij, Blogger, werden am Folgetag wegen Nichtbefolgung von Anweisungen der Sicherheitskräfte zu 15 Tagen Haft verurteilt. Auch in St. Petersburg kommt es in Folge einer nicht genehmigten Versammlung zu Festnahmen.
06.12.2011	Dmitrij Peskow, Pressesprecher von Ministerpräsident Putin, gibt der BBC ein Interview. Das Ergebnis von »Einiges Russland« bei den Dumawahlen bezeichnet er als »nichts Anderes als einen Sieg«. Zur Zukunft Putins äußert er, dass die Menschen einen »Putin 2.0 erwarten« und es für Putin noch zu früh sei, aus der Politik auszusteigen.
06.12.2011	An mehreren Orten im Zentrum Moskaus finden Versammlungen kremltreuer Jugendgruppen statt. Am Revolutionsplatz versammeln sich ca. 5.000 Anhänger von »Einiges Russland« sowie Rentner unter dem Motto: »Reiner Sieg«.
06.12.2011	Am Rande des Moskauer Triumphalplatzes findet eine nicht genehmigte Versammlung der Opposition statt. Ca. 5.000 Anhänger kremltreuer Jugendgruppen stehen den ca. 1.500 Oppositionellen gegenüber. Ihre Losungen: »Putin! Russland! Medwedew! Ordnung!«. Die anwesenden Sicherheitskräfte nehmen ca. 670 Oppositionelle, darunter Sergej Mitrochin, Vorsitzender von Jabloko, sowie die Oppositionspolitiker Boris Nemzow und Eduard Limonow vorübergehend fest. In St. Petersburg versammeln sich ca. 100 Oppositionelle am Gostinnij Dwor, ca. 30 Personen, darunter Journalisten, werden vorübergehend festgenommen.
07.12.2011	Die Abgeordneten der Moskauer Regionalduma stimmen der veränderten Grenzziehung zwischen dem Moskauer Bezirk und der Stadt zu. 160.000 Hektar im Südosten Moskaus können nun schon Anfang 2012 an die Stadt übertragen werden.
07.12.2011	Russland und andere Staaten lehnen auf der OSZE-Tagung in Vilnius die Verabschiedung einer Erklärung zu fundamentalen Freiheiten im digitalen Zeitalter ab. Sergej Lawrow, russischer Außenminister, kritisiert die Äußerungen der amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton, die die russischen Dumawahlen als »unfrei und unfair« bezeichnet hatte, und verlässt den OSZE-Gipfel vorzeitig.

07.12.2011	Ministerpräsident Wladimir Putin reicht in der Zentralen Wahlkommission seinen Antrag als Präsidentschaftskandidat der Partei »Einiges Russland« ein.
07.12.2011	Auf dem Moskauer Puschkin-Platz versammeln sich ca. 3.000 Anhänger von »Einiges Russland«.
07.12.2011	Die Regionalgruppe von »Gerechtes Russland« in St. Petersburg reicht Klagen wegen Verletzungen des Wahlrechts bei den Dumawahlen bei der städtischen Wahlkommission, der Staatsanwaltschaft und dem Ermittlungskomitee ein.
08.12.2011	Ministerpräsident Wladimir Putin trifft mit dem Koordinationsrat der »Allrussischen Volksfront« zusammen. Er gibt bekannt, dass er seinen Präsidentschaftswahlkampf auf die Volksfront stützen will, da diese überparteilich sei und unterschiedliche Menschen vereinigt. Zum Leiter seines Wahlkampfstabes ernennt er den Regisseur Stanislaw Goworuchin. Weiterhin gibt er bekannt, dass ein Viertel der Dumamandate von »Einiges Russland« durch parteilose Vertreter der Volksfront besetzt werden.
08.12.2011	Die Journalistinnen Swetlana Sorokina und Irina Jasina treten aus Protest gegen die »Fälschung der Wahlergebnisse« aus dem »Rat zur Entwicklung der Institute der Zivilgesellschaft und Menschenrechte beim russischen Präsidenten« aus.
09.12.2011	Ein Moskauer Bezirksgericht erklärt ein Gerichtsverfahren für zulässig, in dem Sergej Magnitskij beschuldigt wird, an der Unterschlagung von 5,4 Milliarden Rubel (ca. 128 Mio. Euro) beteiligt gewesen zu sein. Magnitskij hatte vor seinem Tod in Untersuchungshaft Mitarbeiter des Innenministeriums beschuldigt, eben jene Summe gestohlen zu haben.
09.12.2011	Der Friedenspreis »Konfuzius« des chinesischen Kulturministeriums wird an Ministerpräsident Wladimir Putin verliehen. Putins Haltung gegen die »NATO-Aggression in Libyen« wird besonders gewürdigt. Er setzt sich gegen die Gegenkandidaten Angela Merkel, Kofi Annan, Bill Gates und Jacob Zuma durch.
09.12.2011	Die Zentrale Wahlkommission gibt das offizielle Endergebnis der Dumawahlen bekannt: »Einiges Russland« 49,3 %, KPRF 19,2 %, »Gerechtes Russland« 13,2 %, LDPR 11,7 %, Jabloko 3,4 %, Patrioten 0,97 %, »Gerechte Sache« 0,6 %. Mandate in der kommenden Legislaturperiode: »Einiges Russland« 238 der 450 Sitze (-77 Abgeordnete), KPRF 92 (+35), »Gerechtes Russland« 64 (+26) und LDPR 56 (+16). Anträge der Partei Jabloko auf eine Neuauszählung der Stimmen in Moskau wie auch in ganz Russland wegen massiver Wahlfälschungen werden abgelehnt. Neuwahlen werden in drei Wahlkreisen im Moskauer Gebiet angesetzt. Dort hatte die KPRF »Einiges Russland« überholt.
09.12.2011	Oppositionsgruppen rufen für den 10.12. in Moskau zu einer Versammlung »für ehrliche Wahlen« von 14 bis 18 Uhr auf. Das Moskauer Bildungsministerium ordnet einen Test in russischer Sprache für alle 9–11. Klassen der Moskauer Schulen an, der an diesem Tag von 13:00 bis 17:30 Uhr durchgeführt wird.
10.12.2011	Russlandweit finden Protestveranstaltungen gegen die Wahlergebnisse und für freie Wahlen statt. In Moskau versammeln sich ca. 40.000 Personen zur größten russischen Demonstration seit den 1990er Jahren. In St. Petersburg kommen ca. 10.000 Personen zusammen. Auch außerhalb Russlands finden Versammlungen für ehrliche und freie Wahlen in Russland statt, darunter in London, Paris, Berlin und Tokyo. Zentrale Forderungen der Moskauer Demonstration sind Neuwahlen, die Freilassung der in der letzten Woche bei Protestveranstaltungen Festgenommenen, eine Demokratisierung des politischen Systems und der Rücktritt des Leiters der Zentralen Wahlkommission. Das Staatsfernsehen berichtet über die Demonstrationen.
10.12.2011	Die Delegierten des Parteitag von »Gerechtes Russland« wählen den Parteivorsitzenden Sergej Mironow zum Präsidentschaftskandidat. Mironow ernennt die 86-jährige Schauspielerin Rimma Markowa zu seiner Wahlkampfleiterin. Die Partei gibt zudem bekannt, keinerlei Koalitionen in der neuen Duma eingehen zu wollen.
11.12.2011	Dmitrij Medwedew kommentiert die Versammlung auf dem Moskauer Bolotnaja Ploschtschad vom Vortag: »Ich bin weder mit den Parolen noch den Äußerungen auf der Versammlung einverstanden. Dennoch habe ich eine Anweisung erteilt, alle Mitteilungen aus Wahllokalen zu prüfen, die die Einhaltung der Wahlgesetzgebung betreffen.«
12.12.2011	Wjatscheslaw Posgaljow, Gouverneur des Bezirks Wologda, bittet um seinen Rücktritt. Er begründet seinen Schritt mit der geringen Zustimmung für »Einiges Russland«, die im Bezirk 33,4 % der Stimmen erzielte.

12.12.2011	Der Aufsichtsrat des russisch-britischen Ölkonzerns TNK-BP trennt sich von Altbundeskanzler Gerhard Schröder, der als unabhängiges Mitglied im Januar 2009 in den Aufsichtsrat berufen wurde.
12.12.2011	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte werden im Rayon Chasawjurt (Dagestan) drei Untergrundkämpfer getötet. Darunter der mutmaßliche Anführer der »Chasawjurter Bande«.
12.12.2011	Auf dem Moskauer Manege-Platz findet eine Versammlung von Anhängern der Partei »Einiges Russland« zur Unterstützung von Präsident Dmitrij Medwedew und Ministerpräsident Wladimir Putin unter dem Motto »Ehre Russland« statt. Den Behörden zufolge hat die Veranstaltung 25.000 Teilnehmer.
12.12.2011	Sergej Sobjanin, Moskauer Bürgermeister, entlässt Wladimir Resin sowie Ljudmila Schewzowa, aus ihren Ämtern als Stellvertretende Bürgermeister Moskaus. Resin und Schewzowa erhalten Abgeordnetenmandate von »Einiges Russland« in der neu gewählten Staatsduma.
12.12.2011	Alexej Nawalnij und Ilja Jaschin, Oppositionspolitiker, reichen eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen ihre 15-tägige Strafhaft nach einer Demonstration gegen die Wahlergebnisse ein.
12.12.2011	Die Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) stellt den öffentlichen Zugang zu ihren wöchentlichen Umfragen ein. Die letzte Veröffentlichung vom 7. Dezember zeigte bei der Vertrauensfrage den niedrigsten Wert für Präsident Dmitrij Medwedew und Ministerpräsident Wladimir Putin seit zwei Jahren.
13.12.2011	Präsident Dmitrij Medwedew trifft sich mit den Vorsitzenden der vier Dumaparteien. Er lässt verlauten, dass politische Reformen notwendig sind, Wahlmanipulationen wären jedoch nur in einzelnen Wahllokalen vorgefallen und würden untersucht werden. Medwedew schlägt vor, dass von 29 Arbeitsgruppen in der neuen Staatsduma 15 von »Einiges Russland«, 6 von der KPRF und jeweils 4 von »Gerechtes Russland« und der LDPR geleitet werden sollen.
13.12.2011	Wladimir Shirinowskij, Vorsitzender der rechtspopulistischen »Liberaldemokratischen Partei Russlands« wird von seiner Partei zum Präsidentschaftskandidaten gewählt. Laut Shirinowskij wurde der LDPR bei Wahlmanipulationen die Hälfte der Stimmen geraubt, an Demonstrationen wolle man sich jedoch nicht beteiligen, da jene, die heute Krach machen, eine »fünfte Kolonne« seien.
13.12.2011	Im Rayon Baksansk (Kabardino-Balkarien) wird ein Ermittlungsbeamter der Untersuchungsabteilung des Innenministeriums von Unbekannten getötet. In der Folge werden bei einer Spezialoperation im Rayon vier mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
13.12.2011	In Kaspijsk (Dagestan) wird ein Mitarbeiter der Untersuchungsabteilung des regionalen Untersuchungsausschusses von Unbekannten erschossen.
13.12.2011	Alischer Usmanow, Besitzer des Verlagshauses »Kommersant« entlässt Andrej Galijew, Generaldirektor der »Kommersant-Holding« und Maksim Kowalskij, Chefredakteur von »Kommersant-Wlast«. Als Grund nennt Usmanow eine Abbildung in der letzten Ausgabe von »Kommersant-Wlast«, die er als Verletzung der journalistischen Ethik bewertet. Gezeigt wurde ein Stimmzettel, auf den quer eine Obszönität gegen Putin eingetragen war. Veronika Kuzyllo, Stellvertretende Chefredakteurin von »Kommersant-Wlast«, reicht am selben Tag ihren Rücktritt ein.
14.12.2011	Dmitrij Mesenzew, Gouverneur des Gebiets Irkutsk, wird von der Arbeitergewerkschaft der Ostsibirischen Eisenbahn als Präsidentschaftskandidat nominiert und nimmt die Kandidatur an.
14.12.2011	Boris Gryslow, Vorsitzender des Obersten Parteirates von »Einiges Russland« und Sprecher der Staatsduma in den vergangenen zwei Legislaturperioden, gibt bekannt, dass er sein Dumamandat in der kommenden Legislaturperiode nicht annehmen wird.
14.12.2011	Michail Prochorow gibt über seinen Investmentfond ONEKSIM ein Kaufangebot an Alischer Usmanow für das Verlagshaus »Kommersant« ab. Zu ONEKSIM gehören unter anderem die Mehrheitsanteile an der Mediengruppe RosBiznesKonsulting (RBK). Usmanow lehnt das Angebot ab.
14.12.2011	Die Moskauer Stadtverwaltung genehmigt eine Demonstration gegen die Ergebnisse der Dumawahlen am 24. Dezember 2011 im Moskauer Stadtzentrum für bis zu 50.000 Teilnehmer.
15.12.2011	Michail Prochorow trifft sich in Moskau mit seinen Anhängern zur Registrierung seiner Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen. Im Falle eines Wahlsieges verspricht er, Michail Chodorkowskij zu begnadigen. Zudem will er die Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahren und maximal zwei Amtszeiten reduzieren sowie die Direktwahl der Gouverneure wiedereinführen.

15.12.2011	Präsident Dmitrij Medwedew ernennt per Erlass Michail Babitsch zum neuen Bevollmächtigten des Präsidenten im Föderalbezirk Wolga. Sein Vorgänger Grigorij Rapota wurde Ende November von Medwedew zum Sekretär des Unionstaates zwischen Russland und Belarus ernannt.
15.12.2011	Ministerpräsident Wladimir Putin stellt sich in einer »Direkten Linie« (»heißer Draht«) zum zehnten Mal den Fragen der russischen Bevölkerung. Er antwortet auf viele, teilweise kritische Fragen, bezüglich der jüngsten Demonstrationen gegen die Wahlergebnisse, innenpolitische Probleme wie ethnische Konflikte, soziale und wirtschaftliche Probleme sowie demokratische Reformen. Zitate: »Die Opposition hat immer gegen die Wahlergebnisse protestiert.« Ich verlasse meinen Arbeitsplatz, wenn ich keine Unterstützung mehr fühle.« »Das Parteiengesetz könnte liberalisiert werden.« »Die Direktwahl der Gouverneure kann wieder eingeführt werden unter der Bedingung des »präsidentiellen Filters.«
15.12.2011	Präsident Dmitrij Medwedew nimmt sein Dumamandat als Spitzenkandidat von »Einiges Russland« bei den Dumawahlen nicht an. Das Mandat wird an ein Parteimitglied aus dem Bezirk Kamtschatka weitergegeben.
15.12.2011	Natalja Timakowa, Pressesprecherin des russischen Präsidenten, gibt bekannt, dass Sergej Naryschkin, Leiter der Präsidentialadministration in den kommenden Tagen die Nachfolge von Boris Gryslow als Sprecher der Staatsduma antreten wird. Vladislav Surkow, Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration wird die Amtsgeschäfte Naryschkins kommissarisch übernehmen.
15.12.2011	Präsident Dmitrij Medwedew entlässt den Stellvertretenden Leiter des Verteidigungsministeriums Michail Mokresow. Zwischen Mokresow und dem amtierenden Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow bestanden deutliche Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Verwendung des Verteidigungshaushalts.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Abstracts aus OSTEUROPA 10/2011

OSTEUROPA 10/2011 ist erschienen. Das Heft ist weitgehend Russland gewidmet. Es hat 168 S., kostet 10,00 € und kann unter osteropa@dgo-online.org bestellt werden. Das Inhaltsverzeichnis ist einsehbar unter www.osteuropa.dgo-online.org/issues/. Im Einzelnen enthält es folgende Beiträge zu Russland:

Dmitrij Furman

Russlands Entwicklungspfad

Vom Imperium zum Nationalstaat

Die Russländische Föderation ist weder eine echte Demokratie noch ein russischer Nationalstaat. Sie ist ein Überbleibsel des russländischen und sowjetischen Imperiums, das mit autoritärer Macht zusammengehalten wird. Auch das Selbstverständnis der Russen ist noch nicht vollständig dem imperialen und sowjetischen Kokon entschlüpft. Es schwankt zwischen imperialem revanchistischem Chauvinismus, russophober Selbsterniedrigung und Angst vor einem Zerfall von Staat und Nation. Das »Ende der russländischen Geschichte« wird erst dann erreicht sein, wenn ein echter demokratischer russischer Nationalstaat, der auf imperiale Ambitionen im postsowjetischen Raum verzichtet, Teil der supranationalen europäischen Gemeinschaft geworden ist.

Lev Gudkov

Russland in der Sackgasse

Stagnation, Apathie, Niedergang

Russlands politische Führung versucht, jede politische Konkurrenz, zivilgesellschaftliche Organisationen, die Massenmedien und die Justiz zu kontrollieren. Sie unterdrückt die soziale und strukturelle Differenzierung und blockiert damit Modernisierung. Nationalismus findet Zuspruch. Antiliberaler Einstellungen bleiben verbreitet. In der Gesellschaft grassieren Konservatismus und politische Apathie. Polittechnologie hat die Funktion der Ideologie übernommen. Sie dient der herrschenden Elite zur Machtsicherung. Und sie versetzt die Bevölkerung in einen Zustand des Misstrauens und der reduzierten Ansprüche an das kulturelle und intellektuelle Zusammenleben. Russland droht in eine schleichende permanente Krise einzutreten, in der die sozialen Spannungen sich abwechselnd verschärfen und abschwächen. Die Führung wird gezwungen, einen Kurs zwischen Verstärkung und Lockerung der staatlichen Kontrolle über Gesellschaft und Wirtschaft zu verfolgen. Doch die Grundlage des Regimes bleibt unberührt: die Konzentration aller Steuerungsinstrumente in den Händen einer kleinen, dubiosen Gruppierung.

Denis Volkov

Im Stau

Russlands Zivilgesellschaft

Eine empirische Untersuchung in sechs Städten Russlands zeigt, dass die Frage, ob es eine aktive Zivilgesellschaft gibt, anachronistisch ist. Sie existiert und wächst langsam. NGOs und Initiativen engagieren sich in vielen Bereichen. Doch im Alltag stoßen sie auf zahlreiche Probleme. Die Finanzierung ist prekär, in der Kooperation mit staatlichen Stellen droht ihnen der Verlust ihrer Autonomie, und immer sind sie Repressalien ausgesetzt. Doch auch der zivile Sektor hat bislang versäumt, eine Strategie zu entwickeln, wie die Interessen sozialer Gruppen »von unten« erfasst, artikuliert und in eine dauerhafte stabile soziale Bewegung oder gar stabile Organisationen transformiert werden können.

Jens Siegert

An der Weggabelung

Zivilgesellschaft und Politik in Russland

Seit der Auflösung der Sowjetunion hat sich Russland fundamental verändert. Während der Perestrojka explodierte die Zivilgesellschaft. Seither sind NGOs und Initiativen einerseits stabil in ihrem Engagement, andererseits sind sie labil und der politischen Großwetterlage ausgesetzt. Die Kooperation zwischen NGOs und Staat in Zeiten eines faktischen Politikverbots ist nur möglich, wenn die Illusion vom »unpolitischen« Handeln der NGOs aufrechterhalten bleibt. Nun sehen sich viele Vertreter der Zivilgesellschaft an einer Weggabelung. Der mit Putins Rückkehr auf den

Präsidentensessel einhergehende Verzicht auf eine grundlegende Modernisierung von Wirtschaft und Politik wird nicht ohne Folgen für zivilgesellschaftliches Engagement bleiben.

Moritz Gathmann, Stefan Scholl

Raus aus Moskau!

Plädoyer für eine andere Russland-Berichterstattung

Die deutschen Russland-Korrespondenten sind fast alle in Moskau akkreditiert. Dies prägt ihren Blick auf das Land. Was außerhalb der Metropole tatsächlich passiert, nehmen sie kaum oder nur durch die Moskauer Brille wahr. Da die Politik des Kreml auch in Moskau intransparent bleibt, sind die vermeintlichen Vorteile der Nähe zum politischen Entscheidungszentrum bei näherer Betrachtung gar nicht vorhanden. Viel mehr Korrespondenten sollten nach Krasnodar, Krasnojarsk oder Vladivostok gehen, von wo sie über ein ganz anderes Russland berichten könnten.

Roland Götz

Kapitalflucht aus Russland

Eine Gefahr für die Volkswirtschaft?

Kapitalflucht wird in Russland von Politikern und Medien häufig als eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung dargestellt. Man bezieht sich dabei auf Daten, die von Russlands Zentralbank zum Kapitalexport der privaten Wirtschaftssektoren publiziert werden. Ob sie wirklich Kapitalflucht nach dem allgemeinen Verständnis messen, ist allerdings zweifelhaft. Die Debatte verkennt, dass jene Art von Kapitalflucht, die in Russland diskutiert wird, eine normale Begleiterscheinung exportstarker Länder ist und die wirtschaftliche Entwicklung nicht beeinträchtigen muss. Insbesondere ist sie kein Hemmnis für Investitionen.

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de